

Konvolut Nachlass Rainer Graff
Zg. - Nr.: 3286

Mappe Nr.: ~~187~~ 4

Dokument Nr.: ~~988~~ 27

5.9-12

Informations-Dienst

ZUR VERBREITUNG

UNTERBLIEBENER



erscheint wöchentlich

Nr.364/365 9.Januar 1981

2,50 DM incl. 6,5 %

D 1870 C

NACHRICHTEN

INSTANDBESETZUNGEN IN BERLIN. WOHNRAUM WIRD RAUM-FÜR-UNS

Seite 7

GEFÄNGNIS RHEINBACH BEI BONN: SIND ALLE KNÄSTE GLEICH ?

Seite 13



**Straßenschlacht: Unter den
Plünderern viele junge Frauen**

HERAUSGEBER

Frankfurter Informationsdienst e. V.
Hamburger Allee 45
6 000 Frankfurt 90
Tel.: 0611 / 70 43 52
ID - Bilderdienst: 0611 / 70 20 96

Redaktionsschluß: Mittwoch, 16.00 Uhr

Verantwortlicher Redakteur: *Richard Herding*

BEIRAT DES ID

Arnfried Astel / Schriftsteller - Johannes Beck / Hochschullehrer
- Horst Bingel / Schriftsteller - Heiner Boehnke / Hochschullehrer
- Dr. Hans Christoph Buch / Schriftsteller - Peter O. Chotjewitz /
Schriftsteller - Robert A. Dickler / Hochschullehrer - Christian
Geißler / Schriftsteller - Dr. Helmut Gollwitzer / Theologe - Hol-
ger Heide / Hochschullehrer - Otto Jägersberg / Schriftsteller -
Yaak Karsunke / Schriftsteller - Dr. Heiner Kipphardt / Schrift-
steller - Gisbert Lepper / Hochschullehrer - Helga M. Novak -
Schriftstellerin - Jürgen Roth / Schriftsteller - Volker Schlöndorff
- Regisseur - Erik Sylwanus / Schriftsteller - Gerhard Zwerenz
/ Schriftsteller

ABONNEMENTSBEDINGUNGEN:

Vierteljahr (12 Hefte): 30,-DM
Halbjahr (24 Hefte): 60,-DM
Jahresabo (48 Hefte): 120,-DM

Als Bestellung gilt die Überweisung auf das Postscheckkonto
52 52 28 - 602, Postscheckamt Frankfurt / Main (Frank-
furter Informationsdienst e. V.)

Auf dem Überweisungsabschnitt bitte entsprechende Stich-
worte angeben: *Neuabo, Verlängerung oder Adresswechsel.*
Außerdem leserlich die genaue Anschrift und (falls vorhan-
den) die Abnummer.

Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? auftaucht,
heißt das, daß das Abo bald ausläuft und das schleunigst
Geld auf unser Konto überwiesen werden muß.

KEIN GELD AUF'M KONTO - KEIN ID IM KASTEN !!!!

INHALTSVERZEICHNIS

ALTERNATIVES LEBEN & MEDIEN, PUNKS & JUGEND	
München: Literaturliste der Jugendzentren; Kassel: Graswur- zelwerkstatt braucht Geld; München: Piratensender; Kreuz- wertheim: Provinzarbeiter; Berlin: Kronstadt-Kongreß; Köln: Jugendpresse neuorganisiert; Dietzenbach: Jugendhaus in Selbstverwaltung; Bochum: Anarcho-Aufkleber	6
Frankfurt: eine neue Spontibewegung?	1
Berlin: Die Nacht vom Freitag auf Samstag	7
Berlin: Instandsetzung - Geschichte einer Forderung	9
Frankfurt: Hausmitteilung	30
Frankfurt: Des reisenden Politrockers Terminkalender	30

ÖKOLOGIE

Köln: Das Brot und die Frühstücks-Revolution	3
Düsseldorf: Kernenergie-Adreßbuch	6

GESCHLOSSENE ANSTALTEN, GITTERSTÄBE

Offenbach: Gegen Anhalteverfügungen; Frankfurt: "Trans- parent" für Knasthelfer; Hamburg: Gegen Verlegung nach Lübeck; Butzbach: Schikanen; Düsseldorf: Wisniewski-Erklä- rung; Frankfurt/München/Köln: Debatte um Hochsicherheits- trakte	20
Rheinbach: Manche Knäste sind gleicher...	13
Rheinbach: Liebe in absentia	15
Rheinbach: Alltag im Verwahrvollzug	19

AUSLAND, INTERNATIONALISMUS, POLITTOURISTEN

Schweden: Palästinenser-Ausweisung; Hamburg/Frankfurt: Hungerstreik für Türken; Heidelberg: Erfolg der irischen Hungerstreiker	30
Sorano (Toskana): Italienische Landkommunen	21
Überall in der Toskana: Landnahme in Italien	23
Mailand: Gegen die Sondergefängnisse	27
Berlin: "Zentralamerika"-Journal der "Tageszeitung"	28

ID-BIBLIOGRAPHIE

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigen-
tum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt
ist. "Zurhabenahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vor-
behaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht ausgehändigt,
so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zu-
rückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise
persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile,
und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung
zurückzusenden.

Punkies und Hippies zusammen ?

Ein zweitägiges Fest, dessen Gewinn auch dem ID zu-
fließen sollte, fand kurz vor Weihnachten in der Frankfurter
Uni statt. „DFT“ = Drei Flüße Turnier, so die offizielle Be-
zeichnung für ein Treffen hochaktueller Punk Gruppen von
Lahn, Main und Neckar.

Eine Finanzpleite wars, aber das war noch das wenigste.
Generationen prallten aufeinander. Die Punkies in schwarz-
weiß gekleidet, viel Leder und grimmig dreinschauende Ge-
sichter - und ein paar Alt-Freaks, verstört ob der dargebotenen
Szene.

Wir vom ID wollten nicht nur Bier verkaufen, sondern
auch auf der Bühne uns sehen lassen. „Bei mir bist du schön,
für zwei Mark und zehn, für zwei Mark und acht, die ganze
Nacht“ hatten wir geprobt: eine perfekte Revue (Ihr seid viel-
leicht 'n paar Röster - echt d.setz.) Schreib- und Rechenma-
schinen, Briefwaage und Adressenaufklebern. Auf los gehts
los, also hoch auf die Bühne, „Hallo, hier ID!“ tönt's aus dem

Lautsprecher. Die Punks vor der Bühne gucken erstaunt, wir
beginnen mit der Revue. Protest im Saal, auf den Ruf: „Hip-
pies!“ stürmen einige Punkies auf die Bühne, wir versuchen
noch ein gedeihliches Miteinander der Generationen, aber da
war nichts mehr zu machen: nach zwei Minuten war die ID -
Revue zu Ende. Von hinten gabs zwar auch Beifall, aber längst
hat die Lautstärke der Punk-Musik alle Zweifel übertönt. Mit
anderen Worten: wir verkaufen wieder Bier.

Und wie wars mit den glorreichen Einnahmen? Nun, da
war die Sache mit den Toiletten, die waren heruntergerissen,
und jetzt will die Uni - Bürokratie an die 40 000 DM. Wieviel
konkret, ist noch nicht ausgestanden, aber wir müssen froh
sein, wenn wir fürs Bierverkaufen nichts drauflegen müs-
sen.

P.S. Kürzlich war in einem Punk - Fanzine zu lesen,
ein Artikel über die englische Gruppe „Throbbing Gristle“
sei in einer Hippiezeitung erschienen. Kein Zweifel: es war
der ID (Nr. 356 & 357)



ID-Revue:
die Punkies
machen mit

EINE NEUE SPONTIBEWEGUNG?

Eine „neue“ Generation von Hausbesetzern hat sich gebildet. Während ein Haus nach dem anderen heiß umkämpft wurde, traf ich kurz vor Weihnachten auch einige „ehemalige“, Genossen, die schnell noch auf dem letzten Drücker (Heiligabend) Geschenke und Essen einkauften und etwas verlegen meinten, man müsse doch wenigstens zu Weihnachten schön feiern und so. Auch Weihnachtsbäume durften nicht fehlen.

In Berlin und anderswo „geht der Punk ab“, Aktionen und Parolen, von denen Altpontis nur noch träumen können, beleben den tristen und gehetzten Alltag vor Weihnachten. Die alte neue Linke sitzt klammheimlich vor dem Fernseher und freut sich über die Straßenschlachten. Warum auch nicht?

Wer sind die Jungen und Mädchen, die auf den „Punk abfahren“? Wir wollten sie näher kennenlernen. Der AStA (Sponti-Juso-Koalition) veranstaltete ein Zwei-Tage-Festival in der alten Frankfurter Mensa. „Deutschsprachige Gruppen“ sollten folkloristische Musik in einem Benefizkonzert zugunsten der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ und dem ID spielen. Mit dieser Veranstaltung sollten unbekannte Punkgruppen die Möglichkeit erhalten, in einem größeren Rahmen sich und ihre Musik vorzustellen.

Als herauskam, daß es Punks waren, ging das Klagen los: „Warum macht ihr denn ein Fest mit Punks? Die kloppen doch alles zusammen und wir bekommen die Mensa nie wieder für eine Veranstaltung usw. Wir hätten euch doch vom AStA auch soundsoviel rübergeschoben, wenn ihr notleidend seid. . .“ (Ja, nur zu, macht mal, ID). Der Count-down begann, das Fest fing an, Tausende kamen. Aber nicht nur Punks kamen. Auch andere, denen die Musik eigentlich scheißegal ist, die nur bei Gelegenheit auf Putz aus waren. Ich unterhielt mich mit einigen Punks. Einer war aus Mannheim ausgerissen, und ein ausgegebenes Bier (übrigens nur in Pappbechern) entspannte die vorurteilsbeladene Situation etwas. Er erzählte von einer faschistischen Bürgerwehr in Berlin, die darauf aus wären und auch schon praktiziert hätten, Punks, wo sie gerade sind, zusammenzuschlagen. Daß ihr Aussehen, der Haarschnitt, die Kleidung und Bemalung von Gesicht und Haaren, Sicherheitsnadeln in Ohr und Backe eine Protesthaltung gegen ALLES in dieser Gesellschaft ausdrückte, erfuhr ich als Nächstes. Aber wir, mit unseren langen Haaren, wären ja nur „Hippies“. Es gäbe da nur „no - fun - people und more -fun - people“. „Bist du ein „no - fun“ oder ein „more - fun - people“, fragte

er mich. „Die more - fun - people sind auf unserer Seite“, beteuerte er. „Alles andere sind no - fun - people, mit denen wir nichts zu tun haben wollen.“

Ich stellte mir vor, daß dieser Junge zur Zeit der großen Vietnam-Demonstrationen gerade etwa 5 Jahre alt gewesen sein muß und nichts von unseren Protesten erlebt oder gar gehört hatte. Interessiert vernahm er, daß die langen Haare auch eine Protesthaltung gegen die verstaubten Gesellschaftsnormen waren. . .

Und die Punkmusik? Ich persönlich habe da Schwierigkeiten, aber unsere Ohren sind halt nur auf melodiose Musik getrimmt, aber das persönliche Engagement auf der Bühne war toll. Okay, auch Punkmusik wird vermarktet. Rock's Roll und die Stones etwa nicht?

Nur ein Generationskonflikt?

Nach dem Fest kamen die kalten Duschen. Das Bauamt der Uni meldete einen Schaden von 40.000 DM an (darunter ein Wandspruch allein schon 5.000 DM). Der notleidende ID wurde nun gezwungen, dem noch notleidenderen AStA 3.000 DM rüberzuschieben. Wie gewonnen so zerronnen? Dann kam der moralische Zeigefinger von oberpädagogischen Besserwissern: „Siehst du, wir haben dir ja gleich gesagt, daß. . .“ und „Die Musik hat die Aggressionen nur noch zugespitzt“, bis. . . „Das Veranstaltungsplakat allein ist schon gewalttätig genug“ (711). Eine versuchte Brandstiftung im Studentenwohnheim wurde den Punks auch gleich mitangelaßt. (Aussagen von denen, die auf dem Fest gar nicht dabei waren und nur auf Vorurteilen beruhen). Daß diese Musik von den Gruppen improvisiert und spontan kam, eine Protesthaltung ausdrückte (man hätte sich mal die Texte anhören sollen), hat viele Spontis nicht interessiert (obwohl Leute vom linksradikalen Blasorchester dabei waren). Hauptsache, man hat die (dogmatische) undogmatische Linie nicht verlassen. Oder hätte erst ein „Obersponti“ den Segen geben sollen? Es zeigte sich ein Verhalten, wie das der „Kriegsgeneration“ – unserer Eltern – gegen alles Aufmüpfige, nämlich gegen uns, das sich nun, man scheint etabliert zu sein, gegen die Punks richtet. Mir ist ein Punk, der noch nichts kapiert hat und ein Hakenkreuz auf der Jacke trägt (als Protesthaltung gegen die oberlehrerhaften Belehrungen der Alten, die aber nichts geändert haben) lieber, als ein arrogantes Verhalten, das sich mehr oder weniger subtil als Rassismus entpuppt. Wann lernen wir endlich? Die Kriegsgeneration hätte nicht besser reagieren können. Das Festival jedenfalls war ein guter Anfang.

Einer, der dabei war



**DAS BROT IST NICHT MEHR, WAS ES MAL WAR.
UND FÜRS FRÜHSTÜCK BRAUCHTS EINE RE-
VOLUTION, NICHT NUR EIN MÜSLI.**

Warnungen und Gesundheitstips von der Katalyse-Gruppe

Nach Fleisch (ID 344) und Bier (ID 363) hier die Katalyse-Informationen über das Brot. Warnungen vor Kaufhaus-Brot und vor der jämmerlichen „Wahl“ zwischen Schimmelbildung und Konservierungsstoffen und Tips für ein wirkliches Körnerfresser-Frühstück sollten auch die sich merken, die ihr Frühstück erst dann revolutionieren wollen, wenn beim kapitalistischen Weltssystem mit gutem Beispiel vorangegangen worden ist.

Bekanntlich wird Brot aus einem Teig gebacken, der aus Mehl, Wasser, verschiedenen Zutaten und Backhilfsmitteln besteht. Mehl wiederum wird bei uns vorwiegend aus Roggen und Weizen gewonnen.

Kernige Schale – schaler Kern

In der Bundesrepublik sind zur Zeit etwa 200 Sorten Brot auf dem Markt, vom hellsten Weißbrot bis zum braunen Vollkornbrot. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Vollkornbrot bedeutet nicht, daß in dem Brot unbedingt Getreidekörner sein müssen; es bedeutet, daß alle Bestandteile des Kornes vollständig im Brot enthalten sind – Vollkornbrot kann genauso weich sein wie ein (un-) normales Oberländer.

Ein weit verbreiteter Irrtum ist auch, daß Weizenbrot immer ganz weiß sein muß: im Gegenteil, wenn Weizenkorn gemahlen wird, ohne die Randschichten abzutrennen (die sogenannte Kleie), dann wird das Mehl hellbraun und ebenso das daraus gewonnene Brot, welches für unsere Gesundheit erheblich zuträglicher wäre als das „reine“ Weißbrot.

Das Getreidekorn besteht im wesentlichen aus dem Keimling, dem Mehlkörper und den Randschichten, welche wieder unterteilt sind in innere und äußere Fruchtschale, Samenschale und Aleuronschicht (siehe Abb.). Der Keimling und die Randschichten enthalten die Vitamine E, B₁, B₂, B₆ und Nia-

cin sowie die Mineralstoffe Eisen, Kupfer, Magnesium, Mangan und Kalium; außerdem Spurenelemente, Fermente und Ballaststoffe. Der Mehlkörper enthält Stärke (Kohlenhydrate). Der Nähr- und Mineralstoffgehalt des Brotes ist nun davon abhängig, wie das Vollkorn bearbeitet, sprich ausgemahlen wird:

Der Ausmahlungsgrad gibt die in der Mühle anfallende Menge Mehl bezogen auf 100 Gewichtsteile Getreide an. Je höher der Ausmahlungsgrad, desto ernährungsphysiologisch wertvoller ist das Mehl (siehe Tabelle 1).

Die Typenbezeichnung des Mehls steht im direkten Zusammenhang zum Ausmahlungsgrad und gibt seinen Mineralstoffgehalt an (Tabelle 2), welcher fast ausschließlich aus den Randschichten kommt. Ein Mehl mit einem Ausmahlungsgrad von 75% bedeutet, daß von 100g Getreide während des Mahlvorgangs 25 g Kleie abgetrennt werden und 75 g Mehl herauskommen. Wie man in der Tabelle 1 sieht, enthält ein Weizenmehl mit 75% Ausmahlungsgrad nur 60 Mikrogramm Vitamin B₁ gegenüber 290 Mikrogramm beim Vollkornmehl, ein Verlust also von fast 80%. Bei einem Ausmahlungsgrad von fast 40% haben die Müller es dann geschafft, den Vitamingehalt auf den absoluten Nullpunkt zu bringen; mit diesem Mehl werden Teilchen, Brötchen und viele Weißbrote hergestellt.

Schwach durch Stärke: die Brötchen

Mehl mit einem niedrigen Ausmahlungsgrad und niedriger Typennummer (z.B. Typ 405) wird als „Auszugsmehl“ bezeichnet. Im Auszugsmehl ist fast nur noch Stärke enthalten, der Keimling und die Randschichten wurden herausgetrennt, und, man sollte es kaum glauben, als Tierfutter verwendet. Dieses Mehl (Typ 405), buchstäblich das „allerletzte“, wird in Supermärkten und Kaufhäusern angeboten. Die rund 32 000 bundesdeutschen Bäckereien wie auch die Backindu-

strie verwenden vornehmlich Auszugsmehl vom Typ 550 (Weizenbrot) und 1050 (Roggenbrot).

Es stellt sich die Frage, warum so verfahren wird. Nun, Mehl mit niedrigem Ausmahlungsgrad ist länger lagerbar, backtechnisch einfacher zu handhaben und die Kunden verlangen angeblich helles, lockeres Brot. Einleuchtende Argumente; was wäre der Bäcker ohne seine Brötchen?

Alternativbäcker

Doch nicht alle sind bereit, den Trend zur Brotherstellung nach Schönheitsgesichtspunkten und zu mehr Chemie in der Backstube mitzumachen. Wir sprachen mit einem dieser Bäcker. Er backt für den „Makro-Shop“ in der Kölner Vorsterstraße und verwendet für sein Brot nur Vollkornmehl, in dem die wichtigen Bestandteile des Kornes noch enthalten sind; als solche wären zu nennen:

Spurenelemente und Fermente – sie unterstützen die chemischen Reaktionen unseres Körpers.

Ballaststoffe (auch Vitalstoffe genannt) – sind als Quellmittel und Reinigungsmittel für die Verdauungsorgane unentbehrlich.

Vitamine – sie bilden einen Schutz für Nerven und Herzmuskeln. Entzündungen der Haut und des Magen-Darm-Trakts, Blutarmut, Bandscheibenschäden und Wachstumsstörungen sind die Folgen einer Mangelversorgung.

Mineralstoffe – sie sind notwendig für die Funktion aller Organe, besonders der Nieren, Nerven, für den Wasserhaushalt und den Aufbau der Knochen.

Dieser Bäcker verwendet außerdem nur naturreines Getreide aus dem biologisch-dynamischen Anbau, so daß keine Düngemittel- und Pflanzenschutzmittelrückstände (auch Pestizide genannt) die Qualität des Mehls beeinträchtigen.

Pestizid-Rückstände

Pestizide im Mehl haben ihren Ursprung in der chemischen Unkraut- und Schädlingsbekämpfung.

Beim Getreideanbau werden darüberhinaus dem DDT chemisch verwandte Verbindungen zur Wachstumsregulierung eingesetzt. Durch ihre Anwendung wird das Halmwachstum begrenzt, damit das Getreide besser mit dem Mähdescher geerntet werden kann. Den hierzu verwendeten Verbindungen wird von Fachleuten die gleiche Gefährlichkeit beigemessen wie dem verbotenen DDT. Was liegt also näher, als auch hier dem Mißbrauch der Chemie gesetzlich Einhalt zu bieten?

Was auch der biologische Anbau nicht verhindern kann,

sind die bleihaltigen Stäube aus dem Straßenverkehr und die Ansammlung von Pflanzenschutzmitteln wie DDT, die sich, obwohl seit 10 Jahren in der westlichen Welt verboten, hartnäckig im Boden halten und durch Wind und Wetter gleichmäßig verteilt wurden.

Tod durch Brotvergiftung

Das Brot aus dem biologischen und dem biologisch-dynamischen Anbau ist jedoch fast frei von Quecksilber und Cadmium, während Brot aus dem handelsüblichen Mehl der größte Quecksilberlieferant der gesamten Nahrung neben Fisch und Alkoholika ist. Das hat seine Ursache in der Verwendung quecksilberhaltiger Saatbeizen (Konservierungsmittel für das Saatgetreide während der Winterlagerung, damit es nicht schimmelig wird). Wie die Saatbeizen sind, zeigt eine Vergiftungskatastrophe im Irak 1971, als durch den versehentlichen Genuß von geheiztem Saatgetreide 459 Menschen starben und 6530 weitere lebensgefährlich, teilweise mit bleibenden Schäden, erkrankten. Wie überflüssig sie andererseits sind, zeigt die Tatsache, daß der biologisch-dynamische Anbau ganz ohne sie auskommt. Dort wird das Saatgetreide durch trockene Lagerung und regelmäßiges Umschichten vor Schimmel- oder Schädlingsbefall geschützt.

Unser täglich Blei gib uns heute

Die Vergiftung des Getreides durch Blei hat seit dem Benzin-Blei-Gesetz sicher abgenommen. Genaue Zahlen liegen nur bis 1976 vor. Sie besagen, daß ein Sechstel der gesamten Bleizufuhr aller Nahrungsmittel allein durch das Getreide, also Brot, in unseren Körper kommt. Und das ist entschieden zuviel!

Immer noch ein ungelöstes Problem sind die Pflanzenschutzmittelrückstände. Zwar wurde DDT durch Lindan (inzwischen auch verboten) und später Malathion ersetzt, aber die von der Industrie behauptete schnelle selbsttätige Zersetzung konnten die Chemischen Untersuchungsämter nicht beobachten: Von 455 Proben Getreide und Getreidemahlprodukten, die vor einiger Zeit in der Chemischen Untersuchungsanstalt Augsburg untersucht wurden, enthielten 43,3% nachweisbare Rückstände, die über der „zulässigen“ Toleranzgrenze lagen.

Schimmelpilze – Krebsreger

Das größte Problem beim Brot stellt der Schimmel dar.

Tab. 1: Je nach Ausmahlungsgrad nimmt der Vitamingehalt B₁, B₂, Nikotinsäure und Vitamin E von Roggen- und Weizenbrot bis auf Null ab.

Ausmahlungsgrad	B ₁	B ₂	Nikotinsäure	E
Weizenbrot				
Vollkorn	290	160	3400	2130
94%	175	140	2500	
82%	170	140	2300	
75%	60	80	1500	1500
60%	35	60	1000	
40%	0	0	0	230
Roggenbrot				
Vollkorn	190	140	560	1300
94%	175	130	500	
75%	140	110	450	
60%	90	100	150	
40%	40	55	120	

Tab. 2: Verschiedene Mehlsorten und ihre Zusammensetzung. Man achte besonders auf die letzten beiden Zeilen; da aus diesen Mehlsorten unser handelsübliches Weizen- bzw. Roggenbrot hergestellt wird. Das Roggenmehl bringt erheblich

	Mineralien				Vitamine				Kohlenhydrate	Kalorien kcal	Joule kJ	
	Kalium mg	Calcium mg	Phosphor mg	Eisen mg	B ₁ mg	B ₂ mg	Niacin mg	Eiweiß g				
Mahlerzeugnis												
Roggenback-schrot, Type 1800	439	23	362	3,3	300	140	2,9	10,8	1,5	70,1	337	1432
Weizenback-schrot, Type 170	290	41	372	3,3	360	170	5,0	12,1	2,1	69,4	345	1465
Weizenmehl, Type 1050	203	14	232	2,8	330	100	2,0	12,1	1,8	71,2	349	1485
Roggenmehl, Type 997	240	31	180	2,3	190	110	0,8	7,4	1,1	75,6	342	1453
Weizenmehl, Type 550	126	16	95	1,1	110	80	0,5	10,6	1,1	74,0	348	1480

sich mehr Vitamine und Mineralstoffe, das Weizenmehl mehr Eiweiß. Schade, daß die Bäcker kein Weizenmehl Type 1050 verwenden; denn es enthält viel mehr Kalium, mehr als die doppelte Menge Phosphor und die dreifache Menge Vitamin B₁ wie Type 550.

Nach einem Massensterben bei englischen Truthähnen (1960) durch die Fütterung mit schimmeligem Getreide fand eine Untersuchungskommission heraus, daß der Schimmelpilz „Aspergillus flavus“ giftige Ausscheidungsprodukte, die „Aflatoxine“, hinterläßt, von denen eines – das Aflotoxin B₁ – besonders gefährlich ist; es ist bei regelmäßiger Einnahme selbst in geringsten Mengen eines der stärksten krebserregenden Mittel überhaupt.

Zum Schutz reicht es keinesfalls, sichtbare Schimmelgewebe aus dem Brot herauszuschneiden, man muß dann das ganze Brot wegwerfen.

Feucht und warm ist nicht nur für Fußpilz gut

Schimmelsporen sind in jedem Getreide; ob daraus ein Schimmelpilz wird, hängt vom Milieu und der Lagerzeit ab. Bei industrieller Brotproduktion in großen Fabriken mit künstlicher Luftumwälzung und eingeschränkten Hygienemöglichkeiten ist die Gefahr des Befalls am größten. Wenn das Brot dann noch feucht in Plastiktüten gepackt, ungekühlt gelagert wird und mehrere Tage braucht, bis es auf dem Tisch des Kunden liegt, fühlt sich der Aspergillus flavus besonders wohl und honoriert es durch üppiges Wachstum und entsprechende Produktion an Aflatoxin.

Die Brotfabriken begegnen dem Problem durch Konservierungsmittel wie Sorbinsäure und Propionsäure, die jedoch gesundheitlich nicht unbedenklich sind – obwohl gesetzlich ihrem Einsatz keine Grenzen gesteckt sind. Außerdem geben sie dem Brot einen pappigen, matschigen Geschmack.

Minister Ertl's Brotreferent Strzysny meinte dazu: „Es geht halt darum, ob Brot schneller schimmeln soll oder eher schlechter schmecken soll.“ Vor dieser beschissenen Alternative steht man, wenn die Brotfabrik den Bäcker verdrängen soll. Soll sie das, Herr Ertl?

Erheblich weniger Chancen haben die Schimmelpilze, wenn man das Brot morgens noch offenwarm beim Bäcker kauft und die Menge so bemißt, daß man spätestens am übernächsten Morgen wieder ein neues kaufen muß.

Gift in der Backstube

Doch auch beim Bäcker ist nicht mehr alles so wie früher. Zur Arbeiterleichterung werden eimerweise fertige, gekaufte Backmischungen verwendet, die monatelang haltbar sind, obwohl sie Eiweiße und andere leicht verderbliche Ingredienzien enthalten; sie müssen also vor Konservierungsmitteln strotzen. Sie werden sicher nicht bei allen Bäckern und für alle Backwaren verwendet. Aber bei Kuchen, Teilchen, Brötchen und Weißbrot lohnen sich Geschmacksvergleiche und ein paar Fragen an euren Bäcker.

Die Kölner Katalyse-Gruppe veröffentlicht ihre Artikel über „Chemie in Lebensmitteln“ regelmäßig im Kölner Volksblatt (Adresse: Palmstr. 17, 5000 Köln 1, Tel.: 0221/213685; alle zwei Wochen eine Nummer für eine Mark). Das Katalyse-Buch „Chemie in Lebensmitteln“ erscheint demnächst; Vorbestellungen ans Volksblatt, deutliche Anschrift und Zehnmarkscheck dazu.

Die Gruppe trifft sich dienstags halb acht in der Palmstr. 17.



Frühstück ohne Chemie

Da kann der Mensch ja gar nichts mehr essen, wenn man Eure Serie „Chemie in Lebensmitteln“ gelesen hat. Großer Irrtum: Es gibt viele Rezepte und Eßgewohnheiten, die aus unverständlichen Gründen in der Versenkung verschwunden sind. Deshalb hier ein „Frühstück ohne Chemie.“

Brötchen, Margarine, Marmelade, Ei, Wurst, Käse, Kaffee. So ist in der Regel unser Frühstück. Doch dieses üppige Frühstück ist ernährungswissenschaftlich recht mager. Außer den drei Energielieferanten Fett, Eiweiß, Kohlenhydrate fast nichts an den lebensnotwendigen Begleitstoffen wie Vitamine, Mineralien, Spurenelemente und Ballaststoffe.

„Aber ich esse schon lange mein Müsli“, höre ich die ersten von Euch sagen. Aber Vorsicht. Die meisten Fertigmüslis enthalten Zucker! (Großer Vitamin-B₁-Räuber, verursacht Karies usw.). Alle Getreideflocken wie Hafer-, Weizen-, Reisflocken werden industriell verarbeitet und dadurch geht der größte Teil der Begleitstoffe verloren (z.B. durch Hitzeeinwirkung, Sauerstoff der Luft).

Da nur im ganzen Getreidekorn alle Begleitstoffe enthalten sind, jetzt ein Rezept für ein vollwertiges Frischkornmüsli (Angaben pro Person):

3 – 4 Eßlöffel 6-Korn (Hafer, Hirse, Roggen, Weizen, Buchweizen, Gerste); Kefir oder Joghurt oder Buttermilch; ca. 250 g Obst (nach Geschmack und Jahreszeit); 1 Teelöffel geknackte Nüsse; Kokosflocken, Leinsamen, Zimt (Trockenfrüchte immer am Abend vorher in wenig Wasser einweichen. Wasser mitverwenden).

Herstellung:

Das Getreide am Abend vorher mit einer alten Kaffeemühle oder Getreidemühle schroteten. Wer beides nicht hat, kann sich in Bioläden und Reformhäusern das Getreide schroteten lassen, möglichst nur in kleinen Mengen. Dann den Schrot mit kaltem Wasser zu einem dicken Brei rühren, kühl und zugedeckt bis 12 Stunden quellen lassen. Am Morgen kleingeschnittenes Obst, Joghurt oder Kefir usw. sowie Nüsse zugeben. Bei Magenempfindlichen Milch oder Sahne statt Joghurt verwenden. Wenn das dann nicht süß genug ist, der nimmt noch 1 Teelöffel kaltgeschlagenen Honig dazu.

Vorteile:

Durch längeres Verweilen der Ballaststoffe im Magen seid ihr länger satt, außerdem erhöhen die Ballaststoffe durch ihr Quellvermögen den Darminhalt, sie unterstützen also den Stuhlgang. Durch den hohen Gehalt an Vitaminen werden die Abwehrkräfte gestärkt.

Also los und laßt's euch gut schmecken.

Alternatives Leben & Medien

Das **Kernenergie Adreßbuch** ist durch die genauen Angaben für BIs unentbehrlich. Es enthält mehr als 500 Anschriften von staatlichen Stellen, Forschungsinstitutionen, Kernkraftwerksbetreibern usw. Rund 1 100 speziell in und für Kernenergie tätige Fachleute in Wissenschaft, Wirtschaft und Behörden, Parlamenten usw. (mit persönlichen Angaben, Titel, Beruf, Funktion, Adresse, Telefon) 250 Seiten, DIN A 4, zweisprachig(engl./deutsch) für DM 64,- zuzüglich Versandkosten zu haben bei **Handeblatt GmbH MA/abw/BO, Postfach 9225, 4000 Düsseldorf 1**

Eine Literaturliste von und für Jugendzentren bietet die **Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise (AG SPAK)** an. Die Liste wurde von "einer Unmenge von Jugendzentrumsleuten zusammengestellt" und enthält alle ihnen bekanntgewordenen Dokumentationen über Jugendzentren von 1970 bis 1980. Wenn das keine Fundgrube ist. (Und was es nicht mehr zu kaufen gibt, kann als Fotocopie bestellt werden.) Ihr bekommt die Liste gegen **Vorüberweisung von 3 Mark 50 plus Porto auf das Postscheckkonto München 205 47-808 der AG SPAK, Reifenstueckstr. 8, 8000 München 5, Tel. 089/775420.**

Eine mittlere Pleite droht der **Graswurzelwerkstatt**, einem Büro und Zentrum für gewaltfreie Aktionsgruppen (die auch den "INFOdienst für gewaltfreie Organisatoren" herausgibt), wenn nicht viele Freunde der "Graswurzelrevolution" Geld (Größenordnung: drei- bis viertausend Mark) spenden und sich auch zu einer monatlichen Zahlung in den Werkstattfonds verpflichten. Also: das Postscheckkonto ist **Frankfurt 3898 87-606 (St. Übelacker), 6361 Niddatal 1, und die Anschrift: Helga und Wolfgang Weber-Zucht, Steinbruchweg 14, 3500 Kassel-Bettenhausen. Tel. 0561/515953.**

Piratensender, und nur sie, können die vom Staatsapparat verhängte Nachrichtensperre in politischen Auseinandersetzungen durchbrechen: am Beispiel der Räumung der Bohrstelle 1004 bei Gorleben hat Jan van de Loo, der verurteilte Münchener Radiobastler, einen der einleuchtendsten politischen Beweisansätze formuliert, die aus Prozessen bekanntgeworden sind. Der Antrag über Radio Freies Wendland ist mitsamt Jans Urteil (acht Monate Knast, davon sechs Wochen auf Bewährung ausgesetzt, und 15 000 Mark Geldstrafe), Presseauszügen und weiteren Prozedurdokumenten nachzulesen in dem "INFO Prozeß gegen Piratensender", das ihr bei **Jan van de Loo, Clemenstr. 76, 8000 München 40, beziehen könnt.**



Der Provinzarbeiter. Seit einem Jahr existiert die überregionale Vernetzung der Provinz-Projekte. Im Dezember ist die Nr.4 des Provinz-Rundbriefes, eines Info-Blattes, das die Diskussion zwischen den Provinzen aufrechterhält, erschienen. Zwei Seminartreffen im Jahr und das viermalige Erscheinen des Provinz-Rundbriefes sind der konkrete Kommunikationsrahmen. Wer diese Seminarergebnisse und die Vorbereitungspapiere zum 1.Provinz-Arbeit-Seminar haben will, muß 5 DM, wer den Provinz-Rundbrief generell abonnieren will, muß 10 DM auf das Konto Nr. 3 831 138 der Sparkasse Wertheim, "Provinz-Rundbrief", (BLZ 673 500 50) überweisen. Kontakt: **Albert Herrenknecht, Frühmesse 3, 6983 Kreuzwertheim.**

Das nächste Seminar-Treffen findet von **20.-22 Februar in der Nähe von Darmstadt** statt.

"Das Feuer auf das revolutionäre Kronstadt eröffnet" hat Feldmarschall Trotzki, meldete das provisorische Revolutionskomitee Kronstadts in seinem Freien Radio am 8. März 1921, und am 21. März hatte die sowjetische Regierung dieses Werk "erfolgreich" beendet. Das Berliner Kronstadt-Komitee will den 60. Jahrestag nicht lautlos vorüberziehen lassen. Es lädt zu einem anarchistischen Kronstadt-Kongreß für den 18. bis 21. März nach Berlin(-West...) ein. Die Themenvorschläge umfassen das meiste, was am Problem der Revolution bisher gesichert schien, und sind also noch weit offen. Das Komitee sitzt jeden Donnerstag um acht in der **Rhizom-Kneipe in Berlin, Koburger Str. 14.** Näheres über den Kongreß erfahrt ihr bei **Jochen Schmück, Libertad-Verlag, Postfach 153, 1000 Berlin 44, und im Rhizom-Buchladen (ja, der vor kurzem im "Spiegel" war, und schöne Grüße von Enikö/ID), Tel. 030/781-1584.**

Die **Kölner Jugendpresse** (zumeist Schülerzeitungen) war, wie die Jugendpresse im ganzen Land Nordrhein-Westfalen, bisher zerstritten, verfeindet und in konkurrierenden Verbänden organisiert. Sie versucht jetzt einen Schritt nach vorn zu tun: die Kölner Jugendpresse ist der "Arbeitsgemeinschaft Junge Presse Nordrhein-Westfalen" beigetreten und soll sich mit der "Jungen Presse Köln" vereinigen. Die hoffnungsvollen Vorstände und Kontakt-Adressaten sind: **Andreas Bastelberger, Dürener Str. 62, 5000 Köln 1, Tel. 0221/401466; Ulrich Heerd, Kalk-Mülheimer Str. 56, 5000 Köln 91, Tel. 0221/858703; Jochen Lubig, Lindenthalgürtel 59, 5000 Köln 41, Tel. 0221/435049.**

Für **Jugendhaus in Selbstverwaltung!** "Wir haben am 31.12.80, nach einer Silvesterfete, das Jugendhaus Dietzenbach besetzt. Vor 2 Jahren hat die Mehrheitsfraktion (CDU) der Stadt Dietzenbach das Selbstverwaltete Jugendhaus geschlossen. Das Jugendhaus war ein Modellprojekt, das nach drei Jahren ausgelaufen war, und die Stadt war nicht bereit, die Kosten des JUZ zu übernehmen. Nach zwei Jahren jugendfeindlicher Politik der CDU haben wir uns entschlossen, das JUZ in Betrieb zu setzen. Inzwischen sind verschiedene Arbeitsgruppen angelaufen (Tongruppe, Mädchengruppe)." Kontakt: **JUZ, Rodgaustr.9, 6057 Dietzenbach, Tel 06074 / 31494**

Schöne hübsche **Anarcho Aufkleber** - schwarzer Stern auf rotem Grund, (3 cm Durchmesser) die man/frau/kind überall hinkleben kann, weil sie nämlich aus PVC sind, verkauft (12 Stück 1,- DM) **Hans-Jürgen Röhl, Postfach 10 21 62, 4630 Bochum**

Extremisten tobten: Wieder Terror auf dem Kudamm

„Laßt Verhaftete frei – sonst brennen nicht nur die Weihnachtsbäume!“

Militante Hausbesetzer und Sympathisanten lieferten der Berliner

viele mit Gesichtsmasken markiert, Verbrechen eingeschlagen, die auch

Kd./A/BM/ASD Berlin, 14. Dez.



DIE NACHT VOM FREITAG AUF SAMSTAG

„Zu tief sitzt die Wut“

Die Instandbesetzungen in Berlin sind lange Zeit ohne Räumungen und ohne Kriminalisierung durch Polizei und Justiz abgelaufen. Offensichtlich war auch dem Senat klar, daß die Kaputtanierung, die Vertreibung der alteingesessenen Bevölkerung und bald danach auch der neueingesessenen, der Türken und Freaks, durch „Städterneuerung“, die Zerstörung der Mischnutzung zum Wohnen und Arbeiten, bei keinem Bewohner mehr irgendwelchen Anklang fand.

Die Räumung eines instandbesetzten Hauses im Sommer war das erste Anzeichen für die Änderung des Kurses, aber noch war die Polizei nicht ausgeflippt. Erst bei der Verhinderung einer Instandbesetzung am 12. Dezember 1980 ging sie mit voller Brutalität vor: zweihundert Schwerverletzte. Damit begannen die Unruhen, die sich mit der Forderung nach Freilassung der verhafteten Demonstranten, mit den kaputten Schaufensterscheiben, über Weihnachten 1980 und Neujahr 1981 hinzogen.

Erlebnisprotokoll von Mitgliedern der BI SO 36 über die Geschehnisse in der Nacht von Freitag (12.12.80) auf Samstag (13.12.80) in SO 36

Der folgende Bericht ist bei weitem nicht vollständig. Er gibt nur wieder, was einige Mitglieder der BI SO 36 in dieser Nacht erlebt haben. Viele weitere Einzelheiten – so z.B. die Berichte über Mißhandlungen von Gefangenen in Polizeifahrzeugen und Gefängnissen, über die Übergriffe von Polizeibeamten, das Hineinfahren von Einsatzfahrzeugen in Menschenmengen usw. –, die uns sehr viele Zeugen berichteten, sind in einer Dokumentation erschienen.

Ca. 17 Uhr:

Ca. 7 - 8 Leute öffnen die Tür des Hauses Fraenkelufer Nr. 48, um es instandzusetzen. Während einige anfangen, Sachen in das Haus zu schaffen, fährt ein VW-Polizeibus langsam am Haus vorbei. Derselbe Bus stand bereits seit 16 Uhr vor dem Haus Admiralstraße 18 b (ca. 200 m entfernt).

Ca. 17.20 Uhr:

Mehrere Mannschaftswagen, VW-Busse und zivile Einsatzfahrzeuge der Polizei kommen aus verschiedenen Richtungen (u.a. über Gehwege) und halten vor dem Fraenkelufer 48. Die ca. 7 Instandbesetzer werden festgenommen und lassen sich widerstandslos in die Polizeifahrzeuge bringen. Außer den 40 - 50 Polizisten waren noch etwa 10 Schaulustige am Ort des Geschehens. Nachdem auch noch die Sachen der Instandbesetzer im Polizeifahrzeug waren, fuhren sämtliche Einsatzfahrzeuge ab.

Ca. 17.40 Uhr:

Mittlerweile hatten sich ungefähr 100 Leute vor dem Haus versammelt. Plötzlich kamen alle Einsatzfahrzeuge wieder zurück. Einige Beamte verriegelten die Tür. Mit einem Scheinwerfer leuchtete die Polizei ohne irgendwelchen Grund immer wieder auf das seit mehreren Wochen besetzte Haus Fraenkelufer 50. Gegen 18 Uhr zogen alle Polizisten ab, ohne daß es zu irgendwelchen Auseinandersetzungen kam.

Ca. 18 Uhr:

Die mittlerweile 150 Leute liefen vom Fraenkelufer zur Admiralstraße, weil das Gerücht umging, die ebenfalls seit mehreren Wochen besetzte Admiralstraße 20 solle geräumt werden. Vor diesem Haus war bereits eine Barrikade errichtet worden, so daß kein Auto mehr in die Admiralstraße (= eine Sackgasse mit fast nur leeren Häusern) fahren konnte.

Ca. 18.25 Uhr:

Starke Polizeikräfte versammelten sich jenseits der Admiralbrücke. Gegen 18.30 Uhr stürmten die Polizisten ohne Vorankündigung über die Brücke und warfen sofort Tränengas in die Menschenmenge. Die Leute flüchteten die Admiralstraße entlang in Richtung Kottbusser Tor, verfolgt von Polizisten, die bereits viele Leute niederknüppelten und einige auch festnahmen.

Am Kottbusser Tor hatten sich bereits 50 bis 60 Leute angesammelt, als die Menschen von der Admiralstraße ankamen. Eine ziemliche Panik entstand, weil plötzlich auch am Kottbusser Tor sechs Mannschaftswagen auffuhren. Sie fuhren z.T. auf den Gehwegen weiter, um kurze Zeit später wieder zurückzukommen. Bei dieser abermaligen Rückfahrt, rücksichtslos knapp an Passanten vorbei, flogen die ersten Steine gegen ein Polizeifahrzeug und gegen die Commerzbank.

Ca. 19.00 Uhr:

Ein einzelner Polizeiwagen fuhr auf den Gehweg vor dem Schaufenster der Commerzbank. Die beiden Beamten – sonst war kein weiterer Polizist zu sehen – sprangen aus dem Wagen und liefen mit gezogener Pistole auf eine 250 - 300köpfige Menschenmenge zu, die vor ALDI stand. Alle Leute rannten in panischer Angst davon. Während dieses Vorganges wurde der Polizeiwagen – in dem sich niemand befand – umgestürzt. Drauffhin kamen die beiden Polizisten wieder zurück gerannt. Kurz neben dem umgestürzten Wagen stürzte ein Polizist und

blieb liegen. Der Grund des Sturzes war nicht zu erkennen. Kurze Zeit später kam Verstärkung, die ihre Wagen rund ums Kottbusser Tor parkten. Die Beamten verfolgten sofort eine Menschenmenge in Richtung Reichenberger Straße. Dabei kam es nach übereinstimmenden Aussagen zu wüsten Prügelorgien. Auch unbeteiligte Passanten wurden mit äußerster Brutalität niedergeknüppelt. Etliche Beamten stürmten auch den U-Bahnhof Kottbusser Tor. Während dieses Einsatzes kam es immer wieder zum Tränengaseinsatz. Bereits zu diesem Zeitpunkt gab es viele Verletzte und etliche Verhaftete. Als die Polizei wieder abfuhr, flogen Steine sowohl gegen Einsatzfahrzeuge als auch gegen die Scheiben von Aldi, Kaisers, Deutsche Bank und Sparkasse.

Nach 20.00 Uhr:

Immer wieder fuhren Mannschaftswagen ziellos mit Blaulicht und Martinshorn durch die Straßen, stoppten kurz, verhafteten Leute oder/und warfen Tränengas. Panik und Wut wurden immer größer. Viele hundert Menschen sammelten sich mittlerweile am Kottbusser Tor und in den umliegenden Straßen. Die Situation spitzte sich nach jedem Einsatz zu. Inzwischen fing es auch heftige Auseinandersetzungen in der Oranien- und Adalbertstraße an. Die Plünderungen bei Aldi und im Schuhgeschäft begannen. In zwei Lokale in der Oranienstraße, wo viele Passanten Schutz suchten, wurde Tränengas geworden. Barrikaden in der Adalbert-, Naunyn-, Oranienstraße und Oranienplatz wurden errichtet, so daß hier nach kurzer Zeit kein Polizeifahrzeug mehr durchkam. Die Situation eskalierte von Minute zu Minute.

Nach 22.15 Uhr:

Immer wieder heftige Zusammenstöße mit immer mehr Verletzten und Verhafteten. Gefangene wurden in Hauseingängen, auf den Straßen und in den Einsatzwagen brutal mißhandelt. Bis jetzt und später war in der Oranienstraße erst ein Ladenfenster von einem Jugendlichen eingeworfen. Gegen 22 Uhr 30 versuchten ein Mitglied der Bürgerinitiative SO 36 und zwei vom Mieterladen Dresdner Straße, den Einsatzleiter zu bewegen, daß nur ein vorübergehender Abzug der Polizeikräfte die sinnlose Situation entspannen könne. Er werde sich zusammen mit anderen dafür einsetzen, daß sich die Leute am Mieterladen Dresdner Str. treffen, um die Situation zu überdenken (s. auch Bericht auf der Pressekonferenz). Wenn es der Polizei um Ruhe und keine Plünderungen ginge, müsse sie darauf eingehen können. Auf Nachfragen betonte der Einsatzleiter, daß keine Räumung der besetzten Häuser beabsichtigt sei, es nur um die Verhinderung von Straftaten und Plünderungen ginge. Der Einsatzleiter gab zu, daß inmitten von Zusammenstößen keine Gespräche möglich wären, wollte aber seine Kräfte erst nach 23 Uhr 30 abziehen, wenn bis dahin nichts mehr vorliege. Am Kottbusser Tor wurde durch ein von der Polizei nach langem Drängen herausgerücktes Megaphon kurz nach 23 Uhr eine Durchsage gemacht, die Straßen zu verlassen und vor dem Mieterladen zusammenzukommen, und von dem Gespräch bei der Einsatzleitung berichtet. Ca. 100 Leute versammelten sich am und im Mieterladen. Der Laden ist total überfüllt. Viele meinen, daß es angesichts der vielen Verletzten und Verhafteten und auch wegen der äußersten Brutalität der Beamten besser sei, zu versuchen, die Sache zu beenden. Einige meinten, daß man sich gegen diese Brutalität weiter wehren müsse und wieder auf die Straße gehen sollte. Angesprochene Beamte antworteten mit Beschimpfungen faschistoider Art und drohten mit Knüppeln. Einige meinten, jetzt wird nicht mehr geredet, sondern „alle gemacht“. Dienstnummern-Herausgabe wurde dabei mehrfach verweigert.

Ca. 24 Uhr:

Im Mieterladen riß der Ruf nach einem Megaphon nicht ab. Ein weiterer Versuch beim Einsatzleiter, ein Megaphon gegen Personalausweis oder wegen dessen Bedenken Hinterlegung von 1000 DM ausleihen zu können, endete mit der abzulehnenden Aufforderung des verständnislosen Einsatzleiters,

mit einem Mannschaftswagen mitzufahren und daraus die Durchsage zu machen. Mit einem woanders aufgetriebenen Megaphon fuhr ein Wagen durch die Straßen und forderte die Leute im Namen der BI SO 36 und des Mieterladens auf, in die Dresdner Straße zur Lagebesprechung zu kommen. Zur gleichen Zeit wurde ein Polizeifunkspruch abgehört: „Alle in die Dresdner Straße fahren!“

Ca. 0.30 Uhr:

In die Diskussion stürmten drei, vier Leute von der Straße in den Mieterladen, verfolgt von aufgeregten Beamten. Diese wurden am Eindringen in den Laden durch Einreden verhindert. Der Laden war mit ca. 150 Leuten völlig überfüllt. Panik brach aus, als weitere Mannschaftswagen auftauchten. Die Beamten verlangten unter wüsten Beschimpfungen, einen angeblichen Steinwerfer herausholen zu können. Ihnen wurde gesagt, sie sollen eine sinnlose Konfrontation vermeiden. Jetzt griffen sie sich vor Augenzeugen einen völlig Unbeteiligten vor dem Laden und führten ihn ab. Sofort wurde versucht, den Zugleiter ausfindig zu machen, um diesen Mann wieder frei zu bekommen. Ein Verantwortlicher vor Ort konnte nicht ausgemacht werden. Es wurde durch Herrn Schattner vom SKS und Vertretern der BI SO 36 erreicht, daß die Mannschaftswagen wieder abzogen, aber sie nahmen den Verhafteten mit.

Ca. 0.45 Uhr:

Daraufhin fuhren vier Vertreter der BI SO 36 hinterher, wurden bei einer weiteren Kontaktaufnahme von Beamten angepöbeln und mit Prügel bedroht. Sie suchten zum drittenmal den Einsatzleiter am Carl-Hertz-Ufer auf. Hier wurde vereinbart, nachdem eine Freilassung des Verhafteten nicht erreicht werden konnte, daß die Polizei von 1 Uhr 15 bis 1 Uhr 45 sämtliche Kräfte abzieht, um eine Beruhigung zu ermöglichen. Stattdessen begann um 1 Uhr 15 die schwerste Konfrontation am Oranienplatz, als Einsatztruppen in die diskutierende Menschenmenge hineinrasten und knüppelten und mit Steinen empfangen wurden.

Ca. 1.15 Uhr

Damit waren jegliche Vermittlungsversuche gescheitert. Wut, Panik und Zorn kennzeichneten nach diesen Täuschungsmanövern der Polizei und der Verhaftung vor dem Mieterladen alle Beteiligten...Steinhagel...Barrikaden...

Ca.1.45 Uhr:

Gegen 1.45 Uhr kennt die Brutalität der Polizisten keine Grenzen mehr. Zwei VW-Busse fahren zwischen Barrikade und Ampel am Oranienplatz voll in die Menschenmenge. Dabei gibt es viele Verletzte, unter anderen ein 36-Jähriger, dem beide Beine gebrochen und ein Oberschenkel zerquetscht werden. Vor Schmerzen, aber auch vor Wut schreiende Menschen bleiben zurück.

2.00 Uhr:

Kurze Zeit später wird ein einzelner Zivilpolizist in der Oranienstraße entwapnet und mit einem Tritt und einer schallenden Ohrfeige weggejagt. Niemand versuchte ihm, trotz aller ohnmächtigen Wut, mehr anzutun.

Ca. 215 Uhr bis 4.40 Uhr:

Um diese Zeit wird – wieder unter großem Tränengaseinsatz – nach mehreren vergeblichen Versuchen mit Räumfahrzeugen mit der Beseitigung der Barrikaden begonnen. Für kurze Zeit kehrt Ruhe ein. Doch alle, die diese Nacht erlebt haben, werden sie nicht vergessen. Zu tief sitzt die Wut. Nicht nur über die 60 Verhafteten, sondern auch über die vielen Verletzten, deren Zahl sicher weit über 100 liegt.

Die Dokumentation mit Augenzeugenberichten und einem Pressespiegel gibts bei Bernhard König, Lepsiusstr.69, 1000 Berlin 41 für 1.00 DM und Porto auf Kto.Nr. 211 467 2900 Bank für Gemeinwirtschaft BLZ 100 101 11. Evtl. Überschüsse gehen vollständig an die Instandbesetzer.

Kontakt: Bürgerinitiative SO 36, Sorauer Str.28,1000 Berlin 36.

INSTANDSETZUNG I

Zur Geschichte und heutigen Bedeutung einer Forderung im Bezirk Berlin-Kreuzberg 36

Die exemplarische Bedeutung der Berliner Häuserkämpfe liegt nicht in der Härte der Knüppelrei, der Zahl der Gefangenen, der Steigerung der Scherbenproduktion, sondern in den Gründen dafür. Frühere Wohnungskämpfe, zum Beispiel die in Frankfurt 1969 bis 1974, richteten sich gegen die Zerstörung von Wohnraum. Renovierte der Hausbesitzer, anstatt abzureißen, so war die Opposition im Prinzip beschwichtigt. Wenn auch mit leichtem Grummeln die Besetzer feststellten, daß sie und ihresgleichen durch die neuen Mieten ein zweites Mal vertrieben waren. In Berlin wird

genau das getan, was in Frankfurt und anderswo gefordert worden war: es soll renoviert werden. Dagegen richtet sich die Forderung nach "Instandsetzung". Denn Renovierung vertreibt die "einkommensschwachen" Alten, Jungen, Türken usw.; Instandsetzung erhält ihnen den Wohnraum.

Rainer, aus dessen Artikel für die Architekturzeitung "arch + " wir hier Ausschnitte bringen, kennt die Kreuzberger Instandbesetzten Häuser von außen, als Stadtplaner, und von innen, als Bewohner.



Foto: Ralph Riehl

Frühling 1980, Pressekonferenz des „Mieterladens“ zu einer Instandbesetzung

Die Berliner Sanierungs-Methode: Arm raus, Reich rein

Mancherorts auf dem Weg durchs Gestrüpp der Ereignisse hilft es der Orientierung, zurückzuschauen auf die Spur, die man bisher gezogen hat -den 'roten Faden'. Projiziert man seine Verlängerung, so weiß man zumindest, wo vorn und hinten ist. Die Orientierung fällt leichter, durch die Strecke, die man hinter sich weiß. So ging es der Betroffenenvertretung im Sanierungsgebiet Berlin-Kreuzberg (Kottbusser Tor) im Frühjahr 1980 - alt genug inzwischen, um ihren zukünftigen Kurs auch an der zehnjährigen Geschichte organisierter Mieter/ Nutzer des Stadtteils zu orientieren.

Diesen Zweck hatte eine detaillierte Chronik der siebziger Jahre zur Instandsetzungsforderung am Ort. Aus ihr ging der folgende Bericht hervor. Der Nachweis der Geschichtlichkeit dieser Forderung hat schließlich die Auseinander-

setzung der Linie pragmatischer "Tagespolitik" mit einer strategischen Linie beeinflußt, die Instandhaltung und Instandsetzung der Häuser als Grundvoraussetzung zur wirklichen Beteiligungsmöglichkeit von Betroffenen bei Stadterneuerungsmaßnahmen begreift. Da ist nämlich diese "freiwillige" Entmietung durch die Folgen unterlassener Instandhaltung. Für eine Betroffenenvertretung, die den Akteuren der Sanierung auf den Leim geht, bedeutet sie den Verlust der Leute, die sie vertritt.

Der "Zahn der Zeit" für Kreuzberg 36 ? Oder: wieso "Instandsetzung" und nicht "Renovierung" ?

Aufgrund der Regierungserklärung des Berliner Senats vom 18. März 1963 wurde ein Teil von Kreuzberg 36 (K 36) zum Sanierungsgebiet erklärt. Die Erneuerung sollte innerhalb der nächsten zehn bis fünfzehn Jahre stattfinden. Zu den Kriterien der Gebietsauswahl gehörte

nach dem Ersten Stadterneuerungsbericht des Senats unter anderem die "große Dringlichkeit von Maßnahmen wegen einer Fülle von Mißständen". Die Zahl der Wohneinheiten ganz Kreuzbergs war damals auf die vorhandenen 56 000 beschränkt worden. 500 davon waren von 1945 bis 1963 repariert worden. "... Aufgrund dieser Beschränkung auf 56 000 Wohnungen und der rechtzeitigen Bekanntgabe der Sanierungsgebiete ist den Eigentümern und zuständigen Behörden die Entscheidung möglich, welche baulichen Maßnahmen (insbesondere INSTANDSETZUNGEN und Modernisierungen) noch vorgenommen werden können, bzw. zur Verhütung volkswirtschaftlicher Verluste unterbleiben sollen" (Senat).

Dies bezog sich auf 16 000 im Jahre 1963 als sanierungsbedürftig ausgewiesene Wohneinheiten. Zehn Jahre danach waren dann 2 400 Wohneinheiten abgerissen, 1 400 neu errichtet und vierzehn reno-

viert. 1973 also, als nach der Maßgabe der Planung die Erneuerung schon zu einem guten Teil abgeschlossen sein sollte, lebten rein rechnerisch betrachtet in 13 600 Wohnungen Menschen unter den Bedingungen der zitierten "volkswirtschaftlichen" Entscheidungshilfe. Zwar ist dabei die Anzahl vielleicht einiger hundert zum Erhebungszeitraum (Mai 1973) bereits entmieteter Wohnungen vernachlässigt, aber wie jeder weiß, bleibt die rechnerische Erfassung von Lebensbedingungen ein zweifelhaftes Unterfangen. Im Schlagschatten dieser Problematik bewegen sich auch die folgenden Überlegungen:

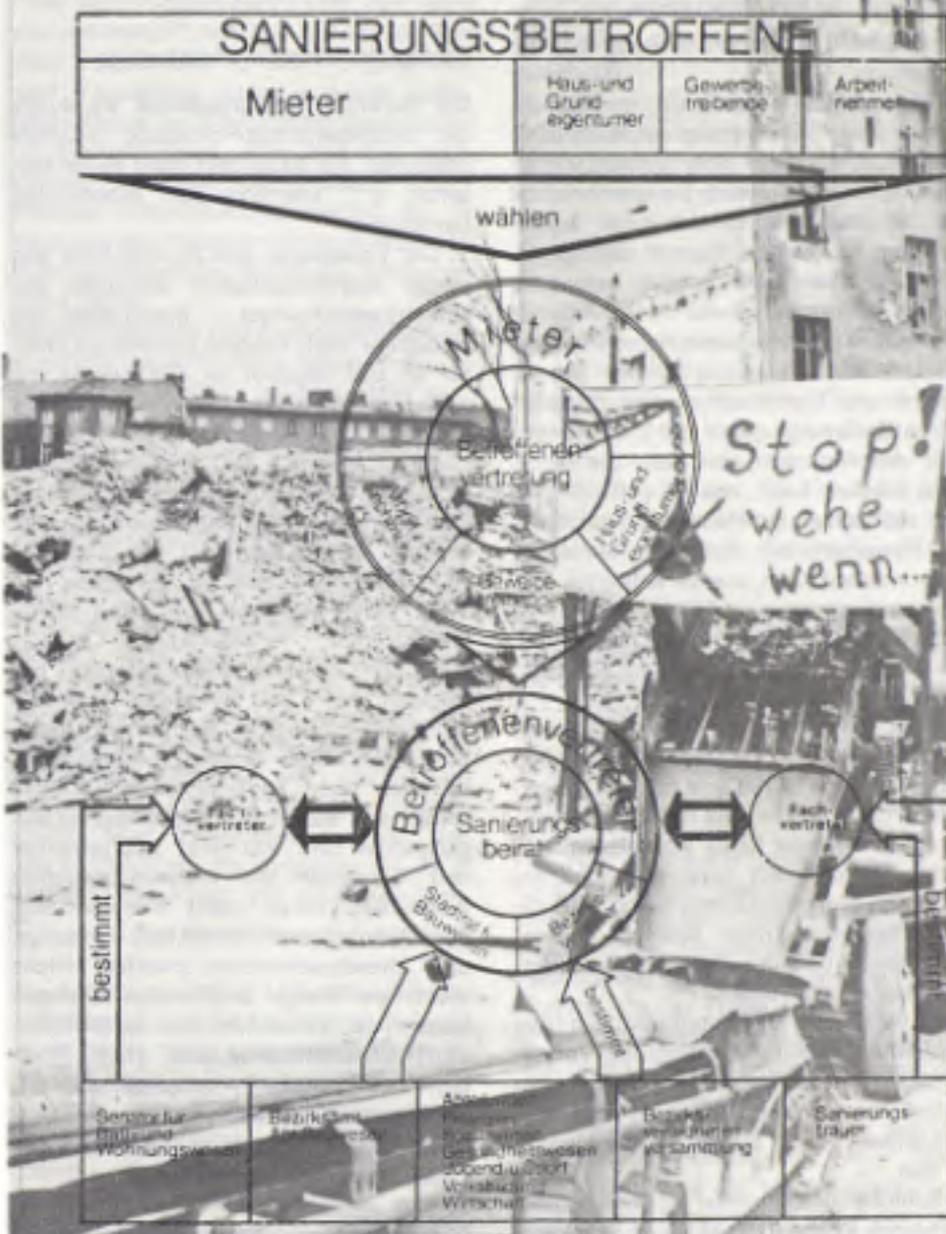
Seit nunmehr zehn Jahren steht den "volkswirtschaftlichen" Erwägungen des Haus- und Grundbesitzes und ihren Folgen die Forderung nach Instandhaltung und Instandsetzung gegenüber. Die Basisinitiativen und Betroffenen beriefen sich dabei - mit welcher politischen Einstellung auch immer - auf § 536 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und seit 1973 auf das Berliner Wohnungsaufsichtsgesetz. Handelte es sich dabei um einen Strategieansatz, der den von Stadterneuerungsmaßnahmen am schwerwiegendsten betroffenen Bewohnern die Chancen eröffnete, nicht nur die Verschlechterung abzuwehren, sondern auch tatsächlich eine VERBESSERUNG ihrer Lebensverhältnisse zu erreichen? Über die "Eröffnung von Chancen" läßt sich streiten, aber ansonsten ist die Antwort schnell gegeben: tatsächliche Verbesserungen gab es keine.

Es gibt zwar eine ganze Menge von Fällen, in denen die Behebung von Mängeln bis etwa 500 Mark Reparaturkosten durchgesetzt wurde, und dies meist mit Unterstützung von Basisgruppen, Mietervertretungen oder Beratungsstellen. Wenn also einmal nicht Mittellosigkeit, Angst vor Repressionen, deutsche Hemmungen, Rechtsansprüche gegenüber Hausbesitzern geltend zu machen, oder Resignation die Mieter hinderten, so waren sie bestenfalls in der Lage, 500 Mark zur Bezahlung der Handwerker vorzulegen und dann durch Einbehaltung einiger Monatsmieten wieder auszugleichen. Höhere Reparaturkosten werden von Sanierungsträgern als Eigentümern, unter Verweis auf Bewirtschaftungs-Relationen (Verhältnis von Kosten und Mietertrag/ID) bei Häusern im Sanierungsgebiet abgelehnt - obwohl ihnen Bewirtschaftungs-Defizite aus Mitteln der öffentlichen Hand erstattet werden (§ 43 Städtebauförderungsgesetz); Diese kleineren Reparaturen trugen insgesamt lediglich zu einer minimalen Drosselung des progressiven Verfalls bei, in der Regel verursacht durch größere Schäden an Fassaden, Dächern, Sanitär- und Elek-

Stadterneuerung

BERLIN

Modell der Betroffenen-Mitwirkung



Hohn der 70er Jahre

troinstallation etc., und diese ergänzt durch Faktoren wie: Unkenntnis insbesondere der türkischen Mieter, mit diesen chronischen Mängeln umzugehen; gezielter Wohnungsleerstand in harten Wintern; bis hin zu Brandstiftung und gewaltsam besogter Unbrauchbarkeit.

Resümierend stellt man fest: keine Forderung ist von den Mieterinitiativen in Kreuzberg 36 während der vergangenen zehn Jahre so kontinuierlich gestellt worden wie die Forderung nach Instandsetzung. Ungebrochen wird im Winter

1979/80 von der Betroffenenvertretung für die Planungseinheit PIII/X im Sanierungsgebiet Kreuzberg die Instandsetzung als notwendige Bedingung für Mitarbeit nach dem Berliner "Modell der Betroffenen-Mitwirkung" begriffen, etwa ein Jahr nach Konstituierung dieser Betroffenenvertretung im "Mieterladen Dresdenerstraße". Das gibt Anlaß zu der Vermutung, daß für Aktive offenbar nicht allein die Aussicht auf UNMITTELBAREN Nutzen bei der Beurteilung eines Strategieansatzes bestimmend ist. Vielmehr läßt sich gegenläufig zum Verfall von Bau-

substanz für betroffene Mieter/Nutzer dieser Gebäude die "psycho-physische Raumbestanz" (als "Raum-für-uns") mit Spannungen auf und wird damit politisierbar. Das heißt: wenn wir uns überlegen, unter welchen Strategien die organisierten Sanierungs-Betroffenen denn überhaupt wählen können, kommen wir darauf, daß die Forderung nach Instandsetzung heute eine Schlüsselfunktion gegenüber der Stadterneuerung hat.

Diese Bedeutung erhält sie besonders aus folgenden Gründen:

– Instandsetzung ist die einzige Baumaßnahme zur Verbesserung des Wohnungsbestandes, die keine unmittelbare Mieterhöhung nach sich zieht. Sie gewährleistet die Erhaltung der bestehenden Sozialstruktur im Gebiet, kommt den gegenwärtigen Bewohnern zugute, entspricht ihrer Zahlungsfähigkeit. Das zwingt aber die Bewohner auch dazu, in dieser Phase zwischen planerischem Urteilspruch und Vollstreckung des "Urteils" durch Sanierung, gegen die Unbestimmtheit des Raumes – mit dem die Sanierung machen kann, was sie will – öffentlich sich selber als Maßstab zu setzen – als Menschen, mit denen die Sanierung nicht machen kann, was sie will.

– Instandsetzung und Instandhaltung prägt die Qualität der Bausubstanz. Durch sie werden auch die Kosten für Modernisierungen mitbestimmt.

– Sie wirft die Frage nach den Adressaten der Forderung auf: Vermieter in ihren Pflichten nach § 536 und 537 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und nach dem Sanierungsvertrag, oder (und) Verwaltung bzw. Senat als politisch verantwortliche Instanz für Wohnungsaufsicht und öffentliche Förderung (nach Städtebau-Förderungsgesetz und den dazugehörigen Verwaltungsvorschriften).

– Sie verspricht für Mieterinitiativen über den Ansatz konkreter materieller Verbesserungen in aktueller Not hinaus ein Mittel zur Kontaktaufnahme mit den Bewohnern und zu ihrer Aktivierung zu sein.

– Halbinstitutionalisierte Betroffenenvertretungen können so das ihnen übertragene Mandat der Betroffenen wahrnehmen, ohne sich in die vorgeblichen Sachzwänge einer Planung einspannen zu lassen, die unweigerlich ein Ausweichen der Bewohner zur Folge hat.

Die Entwicklung von autonomen "Stadtteilgruppen" bis zu "Betroffenenvertretungen" deutet an, welche Veränderungen im Laufe der Siebziger Jahre die Betroffenenengruppen durchgemacht haben, von denen die Forderung nach Instandsetzung so kontinuierlich getragen worden ist. Diese Veränderungen will ich hier nicht in ihrer Komplexität beschreiben. Wenn aber die Forderung im Stadtteil von solcher Beständigkeit ist und sich ihr ge-

samtes Umfeld permanent verändert hat, so muß man sich fragen, wie denn das Instandsetzungsproblem in den Gruppen behandelt wurde bzw. wird, und welchen Stellenwert es für ihre Arbeit hat. Vielleicht läßt sich daran deutlicher erklären, was bereits angesprochen wurde: während die physisch-technische Raumbestanz verfällt, wird ihre psycho-physische Aufladung politisch explosiv.

Erfolge der Betroffenenvertretung

Die Berliner Wohnungspolitik ist durch die Instandsetzungs-Forderung deutlich geworden. Als Anzeichen dafür gelten folgende, z.T. allerdings sehr zweideutige Symptome:

1. Der Bausenator gibt zu, daß trotz des immer zugrundegelegten absoluten Bevölkerungsrückganges in Berlin-West, die Nachfrage nach billigem Wohnraum größer als das Angebot ist. Die Furcht vor weiter ausufernden städtischen sozialen Konflikten, provoziert noch durch die geplante Einführung des „Weißen Kreises“ in Berlin, ist hinter dieser Feststellung kaum verborgen. Die Bauverwaltung stellt deshalb den Trägern (!) ein FÖRDERUNGSPROGRAMM zur Verfügung (bis 1982 14-16 Mio DM) zur „VORÜBERGEHENDEN“ INSTANDSETZUNG, auch als „Zwischenmodernisierung“ bezeichnet, von 1.600 Hintertaus- oder Seitenflügelwohnungen in Berlin-West insgesamt. Der Anteil für die Planungseinheit ist noch nicht zu ermitteln. Das Geld kommt aus einem Ausländerintegrationsprogramm und soll jetzt pfiffigerweise den Deutschen das Wohnen zwischen Ausländern durch nicht mietwirksame Substanzreparatur attraktiver machen und Umsetzwohnraum schaffen. Nicht zuletzt der Mangel an Umsetzwohnungen hatte in den letzten Monaten die DURCHFÜHRUNGSPROGRAMME DER TRÄGER VERZÖGERT, teilweise sind sie, dank wachsamer Beobachtung der Entmietungspraxis durch die BVen, sogar zum Stocken gebracht worden.

Unter drei Gesichtspunkten scheinen im Prinzip solche Mittel den Bauträgern das Greuel vor Instandsetzung etwas in lindern:

- In Gebieten, die noch nicht einem hohen Kapitaldruck unterliegen, wird vorübergehend Umsetzwohnraum geschaffen, der ihnen in anderen Gebieten dazu verhilft, gewinnträchtigere Sanierungsmaßnahmen forciert durchzuführen.
- Wenn diese Mittel zu den immer schon verfügbaren Bewirtschaftungszuschüssen stoßen, ist vermutlich eine 10 - 12 %-Verzinsung des eingesetzten Kapitals gegeben, die im Notfall gerade noch akzeptiert wird.
- Der Verweis darauf, daß überhaupt Instandsetzungen durchgeführt werden, mag

den Trägern zukünftig helfen, ihre politische Argumentlosigkeit gegenüber den Instandbesetzungen abzubauen, und diese im Zuge der schon laufenden Strafanträge auf Hausfriedensbruch in der öffentlichen Meinung wieder zu kriminalisieren, was in letzter Zeit keineswegs gelungen ist. Radikalen Selbsthilfemaßnahmen von Betroffenen war neuerdings DURCH DIE MEDIEN LEGITIMITÄT NAHEZU BESTÄTIGT worden.

Der Verfallszustand im Gebiet macht klar, daß es sich bei diesen für Berlin-West insgesamt vorgesehenen Mitteln um nichts als ein imagepolitisches Trostpflaster handelt, das zudem noch nach fünf Jahren wieder abgerissen werden kann. Solange mit Instandsetzungsförderung nicht eine verschärfte Überwachung des Instandhaltungsgebots einhergeht, werden sich die baulichen Verhältnisse nicht grundlegend verbessern.

(Mit Stand vom 1.4.80 wurden in Berlin 8.751 unerledigte Beschwerden von Mietern bei den Bau-Wohnungsaufsichtsämtern registriert (Der Abend, 1.7.80) und die Zahl der Fälle in Berlin-West, bei denen die Wohnungsaufsicht sich hätte Kenntnis vom verrotteten Zustand der Wohnungen verschaffen müssen liegt bekanntlich bei rd. 150.000).

Im Gegenteil, es ist zu befürchten, daß durch diese verschwindend geringen Instandsetzungsmittel aus Steuergeldern – ohne gleichzeitige Verschärfung der Wohnungsaufsicht – die Hauseigentümer sich noch mehr ermutigt fühlen, den für Reparaturen vorgesehenen Mietanteil nun gänzlich als Profit einzubehalten, und der Verfall des Stadtteils dadurch nur noch beschleunigt wird. Allein aus der plötzlichen Existenz eines Programms – so bescheiden es auch ist – zur Förderung bisher unterlassener Instandsetzung, wie sie seit Jahren von den Betroffenen gefordert worden war, glaube ich aber auch ablesen zu können, daß sich das politische Umfeld für Aktivitäten der Betroffenen insgesamt, und zur Durchsetzung von Instandsetzungen verbessert hat: Jener Borniertheit, mit der Politik, Verwaltung und Träger ein Jahrzehnt lang der Aufforderung zur Erhaltung der Gebrauchswerte begegneten, sind in Zukunft Präzedenzfälle entgegenzuhalten. Sie werden es den Betroffenen erleichtern, die ökonomischen Interessen ihrer jeweiligen Verschleierung durch dreist vorgebrachte Sachzwänge zu entblößen.

2. Die Tatsache, daß das Gebiet zum Demonstrationsbereich der Internationalen Bauausstellung (IBA) erklärt wurde, ist kein Zufall. Die üblichen Methoden der Stadterneuerung wurden mit den Problemen hier – insbesondere Ausländerkonzentration und radikale Mieter Selbsthilfe – nicht mehr fertig und Vertreter

benachbarter Stadtteile (wie SO 36), warnten schon vor dem Überschwappen der sanierungseinleitenden Bugwelle nomadisierender Arbeitsemigranten in ihr Gebiet.

Folglich wagt z.Zt. niemand mehr, die technokratische Losung "Verbesserung der Sozialstruktur" (Senat 1964) für Kreuzberg 36 offen auszusprechen. Entsprechend der Problematik beinhaltet das IBA-Programm für den Bereich MARIANNENSTRASSE u.a. folgende Ziele:

- Schaffung verbesserter Umweltqualität unter Erhaltung des gegebenen Milieus
- Die politischen Integrationsbemühungen gegenüber ausländischen Familien sollen in die bauliche Realisierung einbezogen werden
- Erhaltung der "Kreuzberger Mischung" von Wohnen und Arbeit (Werkstätten, Läden)
- exemplarische Betroffenenbeteiligung
- Beibehaltung des niedrigen Mietniveaus durch differenzierte Standards einschließlich nicht mietwirksamer Instandsetzung und Modernisierung unterhalb des Regelstandards für Sozialwohnungen (Einstiegsrente 3,34 DM/qm).

Einerseits hat wie schon erwähnt, die Investitionsankündigung der öffentlichen Hand anlässlich der IBA in diesem Gebiet den Kapitaldruck mit all seinen Folgen merklich erhöht, andererseits ist aber durch das Auftreten der IBA-Manpower eine legitimatorische Verwirrung unter den Fraktionen der Parteien, wie zwischen Bezirksverwaltung, Senatsverwaltung, Trägern und der IBA selbst entstanden, dergegenüber die Initiativen der Betroffenen ein geradezu einheitliches Bild abgeben.

3. Solidarität und Bündnisfähigkeit der Betroffenenengruppen untereinander und nach außen werden bezeugt z.B. durch:

- Ablauf von Instandbesetzungen, bei denen die BVen sich in Kontakt mit dem Besetzerrat zu Koordinationszen-

tren entwickeln, insbesondere zur Öffentlichkeitsarbeit

- die Konzentrierung des "Volkszorns" gegen die Einmauerung der vielbenutzten Rasenfläche des Oranienplatzes. Die Folge war die Zurücknahme aller bisherigen Planungs- und Bauarbeiten

Wird das "Berliner Spezifikum" Schule machen?

Instandbesetzungen nach dem Motto: "Wo nicht instandgesetzt wird, dort wird instandbesetzt", scheinen vorerst ein Berliner Spezifikum zu sein. Eigentümern und Verwaltung gelang es bisher nicht, diese Praxis im öffentlichen Bewußtsein zu kriminalisieren. Eine wichtige Rolle spielen dabei die jahrzehntelang unterlassenen Instandhaltungsarbeiten, die zu einer ständig sinkenden Wohnqualität und zum zunehmenden Verfall der Häuser geführt haben.

Mieterselbsthilfe- und Instandbesetzungen sind eine neue Variante davon - hat in Berlin Tradition (Es ist festgestellt worden, daß bei solchen Investitionen der Mieter zur Erhöhung des Gebrauchswertes der Wohnung der Materialwert etwa um 5.000 bis 8.000 DM liegt und an Arbeitszeit durchschnittlich 500 Stunden pro Wohnung aufgewandt wurden. Vgl. dazu: "Selbsthilfe und Altbauerneuerung", Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin.). Ihre Investitionen wollen die Mieter langfristig abwohnen. Gefährdet wird dies aber einerseits dadurch, daß Sanierungs-/Spekulationsmaßnahmen die Selbsthilfe ignorieren und durch Entmietung der Verlust der Investitionen droht; oder andererseits dadurch, daß die verwahrloste Haussubstanz die durch Initiative der Mieter gut erhaltenen Wohnungen in den Verfallsprozeß hineinzieht.

Nach BEWAG-Daten (das sind in Berlin die Wasser- und Elektrizitätswerke) gibt es in Berlin 7.000 leerstehende Wohneinheiten, davon in Kreuzberg 2.000, demgegenüber 18.000 Wohnungssuchende mit Berechtigungsschein. Mit Instandbesetzungen, als letztem Mittel, billigen leer-

stehenden Wohnraum zu retten, wollen die organisierten Mieter auch den z.T. obskuren Entmietungspraktiken der Eigentümer und Träger begegnen. Es gelingt diesen immer wieder, Häuser zu entleeren und damit Fakten für ein spekulatives Sanierungsziel zu schaffen, obwohl die Mieter strikt dagegen waren. Sie werden aber - täglich - unter Druck gesetzt, oder mit Geld und Lügen herausgekauft. Wenn dies nicht hilft, besorgen Einbrüche, Brandstiftungen, Truppenübungen, Kündigung der Hauswarte, Rohrbrüche etc. den Rest.

Die Stimmung vieler Mieter in dieser Zeit läßt sich etwa so beschreiben: Man kann nur eine begrenzte Zeit zusehen, wie einem das Wasser immer höher steigt. Lange wurde gewartet, daß die Eigentümer ihren Pflichten nachkommen, jene aber bezogen die Erwartungshaltung der Mieter in ihr Kalkül ein. Wenn die Mieter dies langsam begreifen, kommt der Punkt, wo sie "die Geduld verlieren" und selbst Initiative ergreifen. D.h. sie müssen sich in die Wohnungen Zugang verschaffen - notfalls mit Gewalt - und sie selber herrichten, für sich selbst, falls sie dringend eine Wohnung suchen, oder für Umsetzmieter im Gebiet. Das gilt für die Jüngeren.

Wenn ältere Mieter/Nutzer Instandbesetzungen nicht gleich verurteilen, sondern die Vorgänge aufmerksam verfolgen und sich langsam an die Existenz der besetzten Wohnungen gewöhnen, so ist das schon eine bemerkenswerte neue Qualität im politischen Klima des Stadtteils.

Für eine derartige Ausuferung der Konflikte gibt es deutliche Anzeichen. Erkennbar ist aber auch ein neuer Umbruch in der Organisationsstruktur der Betroffenen, der durch einen radikal antiinstitutionellen Trend geprägt sein wird. Er wird erzwungen durch die Notwendigkeit politischen Vorgehens gegen die Gesetzwidrigkeiten der Macht.

Der illusionslosere Kurs, zu dem sich die Bewohnervertretungen im März 1980 entschieden, hat die Unterstützung von Instandbesetzungen direkt zur Folge. Die Akteure bei Instandbesetzungen kommen kaum aus den Reihen der BVen, sie stoßen aber noch zu ihnen und beeinflussen ihre Arbeit, während ihnen andererseits Solidarität, Erfahrung und Geschick der formellen Vertretung zugute kommt. Die zukünftige Bedeutung halb-institutionalisierter Betroffenenvertretungen wird davon abhängen, wie sie sich weiter auf dieses Zusammenwirken einstellen können und dadurch die Mobilisierung neuer Betroffenengruppierungen fördern - fernab aber dann vom Berliner "Modell der Betroffenen Mitwirkung" nach dem Städtebauförderungsgesetz.

Rainer

(Stand vom Mai 1980!)



Wandmalerei in Berlin-Kreuzberg

Der Leiter der Justizvollzugsanstalt

Az. Nr. 456 E - 7.80

5308 Rheinbach, den 03.12.1979

Postfach 001, Aachener Str. 47
Fernruf: Rheinbach (02226) 2088, 2089
Postscheckkonto Köln 10940-501**Sehr geehrte Herren!****GEFÄNGNIS RHEINBACH: ALLE KNÄSTE SIND GLEICH, ABER MANCHE SIND GLEICHER ALS DIE ANDEREN.****VERSUCH, EINEN ALPTRAUM ZU PORTRÄTIEREN,**

In dem romantischen Eifelstädtchen Rheinbach bei Bonn liegt eines der größten Gefängnisse Westdeutschlands. Prominentester Gefangener: der Kanzlerspion Guillaume, DDR-Obrist. Sineetwegen scheuten Illustrierte wie der „Stern“ nicht den Aufwand großer Reportagen.

Weniger prominent liest sich der Lebenslauf Klaus-Jürgen Schulze-Rossigs, der bis 1985 in Rheinbach sitzen muß (anschließend droht Sicherheitsverwahrung): mittlere Reife – Radrennfahrer – 1968 verurteilt wegen Auto- und Waffendiebstahls, versuchter Notzucht mit schwerer Körperverletzung – 1973 wieder inhaftiert – Knast-Karriere von Wuppertal über Essen, Bochum, Düsseldorf, Duisburg bis Rheinbach. Auf seine Briefe, neben denen vieler anderer Insassen, geht dieser Rheinbach-Bericht zurück.

Werner Schlegel, der die Einschätzung Rheinbachs als „Totenhaus“ mit den Berichten der Knastverwaltung selbst, also unabhängig von den Gefangenen, überprüft, hat selbst jahrelang in Rheinbach gesessen. Auch nach der Entlassung stellten ihm rechtsstaatlich gesonnene Menschen reichlich internes Material über die Anstalt zur Verfügung. Werner hat 6 Jahre Haft verbüßt wegen eines Anschlags auf eine Kokerei im Ruhrgebiet, die schon einmal explodiert war und dabei Tote und Verletzte gekostet hatte. (Sein Anschlag hat keinem Menschen geschadet, da hatte er sich vorher vergewissert.)

Fazit unserer Dokumentation: in Rheinbach wird nicht resozialisiert, sondern Zwangsarbeit mit kräftigem Profit ausgebeutet und der Hochsicherheitstil praktiziert. Nordrhein-Westfalen läßt nur Gefangenen in einigen kleineren Knästen die Vorzeige-Bedingungen angedeihen: Ausbildung, Betreuung, Therapie, anständige Verpflegung. Die Unterteilung in A-, B- und C-Gefangene, begonnen als Reform, zeigt erschreckende Konsequenzen. Werden die C-Gefangenen vergessen?

In Rheinbach bemühen sich zwei Pfarrer, Knastgruppe, Humanistische Union, ehrenamtliche Mitarbeitergruppe, Rote Hilfe? Fehlanzeige auf der ganzen Linie.

Für die Bereitschaft, gleichzeitig mit dem ID auf einer regionalen Ebene den Skandal Rheinbach von den Dächern zu schreien, danken wir der Kölner Stadtzeitung „Schauplatz“.

Richard/ID



Das Rheinbacher Gefängnis hat unter den Großknästen Nordrhein-Westfalens seinen schlechten Ruf verdient. Werner Schlegel weist zum ersten Mal aus Papieren der Anstaltsleitung, die nur zur Lektüre des Justizministers bestimmt waren, nach: die Anstalt schlägt aus der Zwangsarbeit der Häftlinge – Spitzenprodukt: Trennscheiben! – ansehnlichen Gewinn. Der Gefängnisarzt wurde zur Einschränkung seiner humanen Verpflegungsanweisungen gepresst. Knastdirektor Breitzkreuz zufolge sind Resozialisierungsbemühungen an den Insassen praktisch zwecklos; sie weisen zu viele „Defekte“ auf.

DAS TOTENHAUS

Kein guter Ruf unter Knackis

34 Justizvollzugsanstalten mit – wie es amtlicherseits genannt wird – 17.000 Haftplätzen existieren in Nordrhein-Westfalen. Die Mehrzahl dieser „Haftplätze“, laut offiziellen Angaben 72%, befinden sich in sogenannten Anstalten des „geschlossenen Vollzugs“, gleich höchste Sicherheitsstufe. Für die Gefangenen dort bedeutet das bis heute, Strafvollzugsgesetz hin und her, Verwahrvollzug wie eh und jeh oder, wie sie selbst es formulieren: „Klappe auf, Affe rein, Klappe zu, Affe tot.“

In 27 der 34 NRW-Knästen wird geschlossener Vollzug praktiziert. Einer davon ist in Rheinbach, einem kleinen Voreifelstädtchen (20.000 Einwohner) mit malebischem Stadtkern, 18 km süd-westlich von Bonn.

Bei dem unter Kaiser Wilhelm errichteten und 1963 und 1970 erweiterten ehemaligen Zuchthaus Rheinbach handelt es sich um den fünftgrößten Knast NRWs. 513 Gefangene können, überwiegend in Einzelschließfächern, untergebracht werden. Mehr sind es nur in Werl (1.100), Köln (860 Männer, 190 Frauen), Bochum (800 ohne Knastkrankenhaus), Essen (700 Männer, 100 Frauen) und Düsseldorf (570). Unter Gefangenen steht Rheinbach im Ruf, zu den berüchtigtsten Knästen des einwohnerstärksten Bundeslandes zu gehören. Nur Werl, das da als absolut „unschlagbar“ gilt, Bochum und Köln-Ossendorf gelten als schlimmer. Ließe sich allerdings für den schlechten Ruf eines Knastes die Mentalität des jeweiligen Anstalts-

leiters allein verantwortlich machen, dürften sich Werl und Rheinbach unangefochten punktgleich den Titel teilen. Mit der Einschränkung vielleicht, daß die Werler Gefangenen „ihren“ Herrn Ihle für den schlimmsten halten, während es für die Rheinbacher „ihr“ Breitzkreuz ist.

Juristen, Pfarrer und Skandale

Von nicht wenigen Gefangenen wird der dortige Leitende Regierungsdirektor Lothar Breitzkreuz, aktives CDU-Mitglied (zu seinem Leidwesen bei den letzten Rheinbacher Stadtratswahlen nur auf Platz 18 der Reserveliste aufgestellt), „Hakenkreuz“ tituliert, sofern kein bedienstetes Ohr in der Nähe. Eine zweifellos etwas übertriebene Metapher. Herr Breitzkreuz ist kein Faschist. Wenn dennoch solche Assoziationen bei den Gefangenen entstehen, liegt es weniger an seiner politischen Position, die mit erz-konservativ vermutlich treffender zu kennzeichnen wäre, als an seinem diktatorischen Stil. Der Anstaltsleiter besitzt, wie die meisten Volljuristen, eine besonders negative Eigenschaft – exzessive Paragraphenhörigkeit. Menschliche Verhaltensweisen, Reaktionen und vor allem Wünsche sind für ihn nur existent, wenn sie in irgendwelchen amtlichen Vorschriften erfaßt sind. Die Verfasser des Strafvollzugsgesetzes konnten keinen größeren Fehler begehen, als ausgerechnet den Anstaltsleitern (die meisten begannen ihre Laufbahn als Verwaltungsjurist!) umfassende sogenannte „Ermessensspielräume“ offen zu lassen. Ermessensspielraum bedeutet Regelvakuum, verlangt eigenverantwortliche Entscheidungen. Undenkbar für einen solchen Menschentyp. Nur zu verständ-

lich, wenn dann der evangelische Anstaltspfarrer Gloege im internen Jahresbericht 1978 der JVA Rheinbach festgestellt:

„Einem Antrag (eines Gefangenen/W.S.) wird oft nicht stattgegeben, obwohl der Ermessensspielraum es zuließe. (...) Im Unterschied zu dieser Praxis wäre es angemessener, wenn der Verantwortliche nach reiflicher Prüfung und in eigener Auslegung der Vorschriften dem Antrag gewährt, soweit möglich. Die Beweislast für eine mögliche Unrechtmäßigkeit liegt m.E. bei der Aufsichtsbehörde. Es ist eine Art von Vermiedung der Amtsausübung, wenn wir „in schwierigen Fällen“ die ganze Entscheidung nach oben geben. Damit überlasten wir nicht nur die Instanzen, wir verstärken hier wie dort den Glauben, die Wahrheit käme nur von oben. (...) Von Anregungen und Vorschlägen des Pfarrers in der JVA in diesem Sinne wird nur ein verschwindend geringer Gebrauch gemacht. Das ist verstehbar, weil diese oft das Selbstverständnis des Vollzugsbediensteten, speziell des Juristen, berühren, erschüttern oder herausfordern. Aber es bleibt zu bedauern, weil das Ziel noch schwerer zu erreichen sein wird: daß die Justizvollzieher nicht ängstlicher, sondern freier werden. Nur freie, risikobereite Menschen können auf unfreie oder in Unfreiheit versetzte Menschen anregend wirken.“

Kein Wunder, daß des Anstaltsleiters Kommentar dazu recht knapp ausfällt:

„Soweit die Verwaltungspraxis der hiesigen Anstalt angesprochen wird, gegen die vorstehenden Ausführungen die persönliche Ansicht des evangelischen Anstaltspfarrers wieder.“

In vielen Bereichen des Vollzugsalltags liegen Entscheidungsbefugnisse zuerst bei untergeordneten Stellen. So entscheiden in Rheinbach beispielsweise die sogenannten Polizeiinspektoren (offiziell Inspektor für Sicherheit und Ordnung) Göbel und Maletz alle Anträge auf Besuchszeitverlängerung, Einkauf von größeren Gegenständen wie Radios, Zusendung von Büchern, usw. Da sie aber nur zu gut die Einstellung ihres Chefs kennen, wie auch alle anderen Vollzugsbediensteten, handeln sie bedingungslos so, wie es dessen Standpunkten entspricht. Karriereförderndes Wohlwollen des Obersten winkt als Lohn für diese absolute Unterordnung. Wohlwollen bedeutet auch – solange nicht die eigene Position in Gefahr gerät – Loyalität von oben nach unten in Konfliktsituationen. Exemplarisches Beispiel – der Fall des ehemaligen rheinbacher Polizeiinspektors Deutsch:



Neben dem gelegentlich anstaltskritischen evangelischen Pfarrer war (und ist noch) seit 1977 vor allem der grundsätzlich verwaltungskritische katholische Pastor Bell der hohen Verwaltungsebene ein Dorn im Auge. Der Pastor, der für den nach eigenen Angaben „erst der Mensch und dann die Vorschrift“ zählt, verhält sich im Umgang mit den Gefangenen öfters ein wenig unkonventionell. Zu deren Gunsten, versteht sich. So etwas stört, stört sehr als permanente Demonstration, daß und wie es anders ginge.

Mit am meisten fühlte sich 1977 Herr Deutsch gestört. Er (damals CDU-Stadtrat von Rheinbach) übertraf oft seinen Chef noch im Glauben an die Unfehlbarkeit der Regeln von Sicherheit und Ordnung. Im August 1977 ergab sich für ihn, rein „zufällig“, die scheinbare Chance, das „Problem katholischer Pfarrer“ zu lösen. Deutsch öffnete „zufällig“ einen an Pastor Bell adressierten Einschreibbrief, der am Vortag, an einen Gefangenen gerichtet, bereits von der Anstalt zurückgewiesen worden war. Und er wurde fündig. Der Inhalt gehörte zu den für Gefangene unzulässigen Dingen. In seiner In-flagranti-ertappt-Freude übersah der Polizeinspektor allerdings einen entscheidenden Punkt: daß der Brief an den Pastor adressiert war. Eine Strafanzeige wegen Verletzung des Postgeheimnisses samt Dienstaufsichtsbeschwerde holte ihn rasch auf den Boden der Realität zurück. Zunächst wurde jedoch die Dienstaufsichtsbeschwerde vom Anstaltsleiter nicht bearbeitet – Stichwort Loyalität! Doch eine von Herrn Bell beauftragte Rechtsanwältin hatte vorsichtshalber eine Kopie an den Kölner Vollzugsamtspräsidenten Rupprecht gesandt. Auf dessen entsprechende Anordnung hin wurde dann mehr oder weniger intensiv ermittelt. Aber inzwischen – so darf vermutet werden – hatte der Polizeinspektor (oder gar der Chef des Hauses selbst?) mit Hilfe seiner CDU-Verbindungen zum Gegenschlag ausgeholt. Im Bonner Generalanzeiger, der Bonner Rundschau und der WILD-Zeitung erschienen Bericht, in denen dem katholischen Seelsorger vorgeworfen wurde zu „schleppen“ (Knastjargon für unerlaubtes Einschmuggeln von Alkoholica etc. für Gefangene), gar in seinem Dienstzimmer „Schäferstündchen“ zwischen Gefangenen und deren Ehefrauen zu dulden.

Der Frontalangriff, von wem auch immer inszeniert, erwies sich rasch als Bumerang. Alle Zeitungen mußten Gegendarstellungen veröffentlichen. Die Vorwürfe erwiesen sich als so unhaltbar, wie Herr Deutsch es nunmehr endlich geworden war. Nur wenig später entthob man ihn, zusammen mit seinem Vize Göbel und dem Dienstaufsichtsleiter Böning, seines Postens. Damit war die für das damalige Anstaltsgefrierpunktklima hauptverantwortliche, eng zusammenarbeitende Troi-

Gitterstäbe



LIEBE IN ABSENTIA

„Knast ist die denkbar ungeeignetste Spielwiese für Ehe, Verlieben, Verloben!“ Der das sagte, evangelischer Knastpfarrer in Rheinbach, wußte wovon er sprach. Sicher, zwischen „drinnen“ und „draußen“ gibt es auch Liebesbeziehungen. Immerhin sind beispielsweise von den rund 48.000 (beliebiger Stichtag) eine Freiheitsstrafe verbüßenden Erwachsenen 26% bei Inhaftierung verheiratet. Die Statistik gibt darüber Auskunft. Über Scheidungsrate, kaputtgegangene Freundschaften und Liebesbeziehungen allerdings nicht. Kein Wunder. Zahlen darüber würden einmal mehr den Resozialisierungsmythos als Schaumschlägerei entlarven; diskreditierten nicht zuletzt einen Staat, der einerseits den „Schutz von Ehe und Familie“ als verfassungsverankerte Aufgabe propagiert (Art. 6 Grundgesetz), mehr noch, beide als absolutistisches (staatsverhaltendes?) Ideal verkürt, andererseits aber gegenüber Strafgefangenen und deren Angehörigen „das, was sonst als Inbegriff der Ehe, nämlich menschliches Zusammenleben, Intimität, Sexualität, Kommunikation etc. hochgehalten wird (...), auf die bloße rechtsformale Hülle reduziert“ (Helmut Ortner).

Ortner meint damit nichts anderes als: Knastliebe gleich Liebe in absentia. Liebesbeziehungen zwischen drinnen und draußen sind gekennzeichnet von extremer Beschränkung der Beziehungsinhalte und emotionalen Austauschmöglichkeiten. Unaufhaltsame, sich stetig potenzierende Entfremdung zwischen den Partnern ist die zwangsläufige Folge. Bei Haftbeginn noch bestehende Beziehungen zerbrechen spätestens nach dem dritten Knastjahr. (Die Mehrzahl der Gefangenen verbüßt Strafen zwischen zwei und fünf Jahren). Durchschnittlich eine Stunde überwachte Besuchszeit im Monat, ansonsten - meistens zensierter - Briefkontakt können die Beziehungszerstörung nicht aufhalten.

Abgesehen davon sind viele der Betroffenen nicht einmal in der Lage diese minimalsten Kommunikationsmöglichkeiten voll auszunutzen. Knast ist das Schamloch der Leistungsgesellschaft, ist Wiederaufbereitungsanlage für die Nigger der Nation. (Was sich nicht „Aufbereiten“, sprich „Resozialisieren“ läßt, im Sinne von Zerbrechen, wird endgültig selektioniert, für immer im Knast-Freiheit-Knast-Kreislauf gefangen gehalten. Rückfallquote - 85%). Dies bedeutet: die Mehrheit der Gefangenen besitzt keinen Volks/Haupt-

schulabschluß. Selbst Analphabeten sind drinnen anzutreffen. Für das „Land der Dichter und Denker“ ein beschämend hoher Prozentsatz. Sich schriftlich artikulieren zu können war und ist immer ein Privileg des Bildungsbürgertums. Bei den Angehörigen der Unter-Unterklassen in dieser Gesellschaft bestehen objektive - von den auch vorhandenen subjektiven nicht zu reden - Schwierigkeiten sich schriftlich zu vermitteln. Die Kommunikationsmöglichkeit in Beziehungen ist dadurch für die meisten der Betroffenen noch mehr eingeschränkt. Das hat gefährliche Folgen, bis hin zur Möglichkeit dauernder Beziehungsunfähigkeit nach der Entlassung, denn Reduktion erzeugt Mangel. Mangel, der bewußt als solcher wahrgenommen wird - und er wird -, beinhaltet die Suche nach Befriedigung. Wer hungert, akzeptiert auch Surrogate, wenn nichts anderes zu bekommen ist. Liebesurrogat im Knast: Pornos, die in manchen Anstalten offiziell erlaubt sind, Pin-up-Poster, mythische Aufbereitung vergangener Erlebnisse, gleich Rückzug in realitätsverneinende Traumwelten und nicht zuletzt Homosexualität. (Nichts gegen diese, würde sie nicht eben als Surrogat praktiziert, wie schon der dafür verwendete Jergonausdruck „Knastschwul“ verriet). Hinzukommen die unbewußten Surrogate wie übermäßiger Konsum von Süßigkeiten - Eßsucht überhaupt. Und all das kann abhängig machen. Den Hunger selbst stillt es nicht. Es bleiben die schlaflosen Nächte, die quälenden Sehnsüchte. Resultat: Aggressionen entstehen.

Oft ziellos, undefiniert, sich spontan entladend, das karge Zelleninventar in ein Trümmerfeld verwandelnd. „Sieben Tage Arrest“ lautet dann die „Therapie“. Was hinter dem Ausbruch steckt, wen interessiert das in der Knastbürokratie? Sozialarbeiter? „Keine Zeit“ heißt es da. Und selbst wenn es jemand interessieren würde, was nützte es letztlich? Ein Surrogat mehr ...

Liebe im Knast - Liebe in absentia. Was denen drinnen (und ihren Partnern/Partnerinnen draußen) bleibt, sind die Hoffnungen, gerade ihre Beziehung möge, allen Schwierigkeiten zum Trotz, irgendwie den Knast überstehen. Und für Gefangene, die von vornherein keine Beziehung hatten? Nicht viel! Da werden Kontaktanzeigen nicht nur gelesen und angeschrieben, sondern, sofern Geld vorhanden, reihenweise selbst aufgegeben; werden Adressen von Brieffreundinnen gehandelt (oder auch ängstlich gehüet wie Aladins Wunderlampe); werden Schwestern gebeten Kontakt zum befreundeten Mitgefangenen aufzunehmen (Kuppel als überlebenswichtiger Freund-



schaftsdienst). Selten, viel zu selten ergeben sich aus diesen „Chancen“ Ansätze zu intensiveren emotionalen Bindungen, wie sie gerade die drinnen noch mehr brauchen als ohnehin jeder Mensch, da ihnen die Resozialisierer nur eines zu bieten haben: die Emotionalität von Dampfwalzen, gepaart mit der Wärmeausstrahlung eines Achtausenders im Himalaja.

Werner Schlegel



ka geschäft. Offiziell lautete die vom Vollzugsamtspräsidenten verfügte Maßnahme „Abordnung“. Pastor Bells klarer Punktsieg stand fest. Deutsch kämpfte aus dem Jugendknast Sieburg verzweifelt aber vergeblich um seine Rückkehr. Dafür konnten die Herren Göbel und Böning nach angemessener Schamfrist ihre alten Funktionen wieder übernehmen.

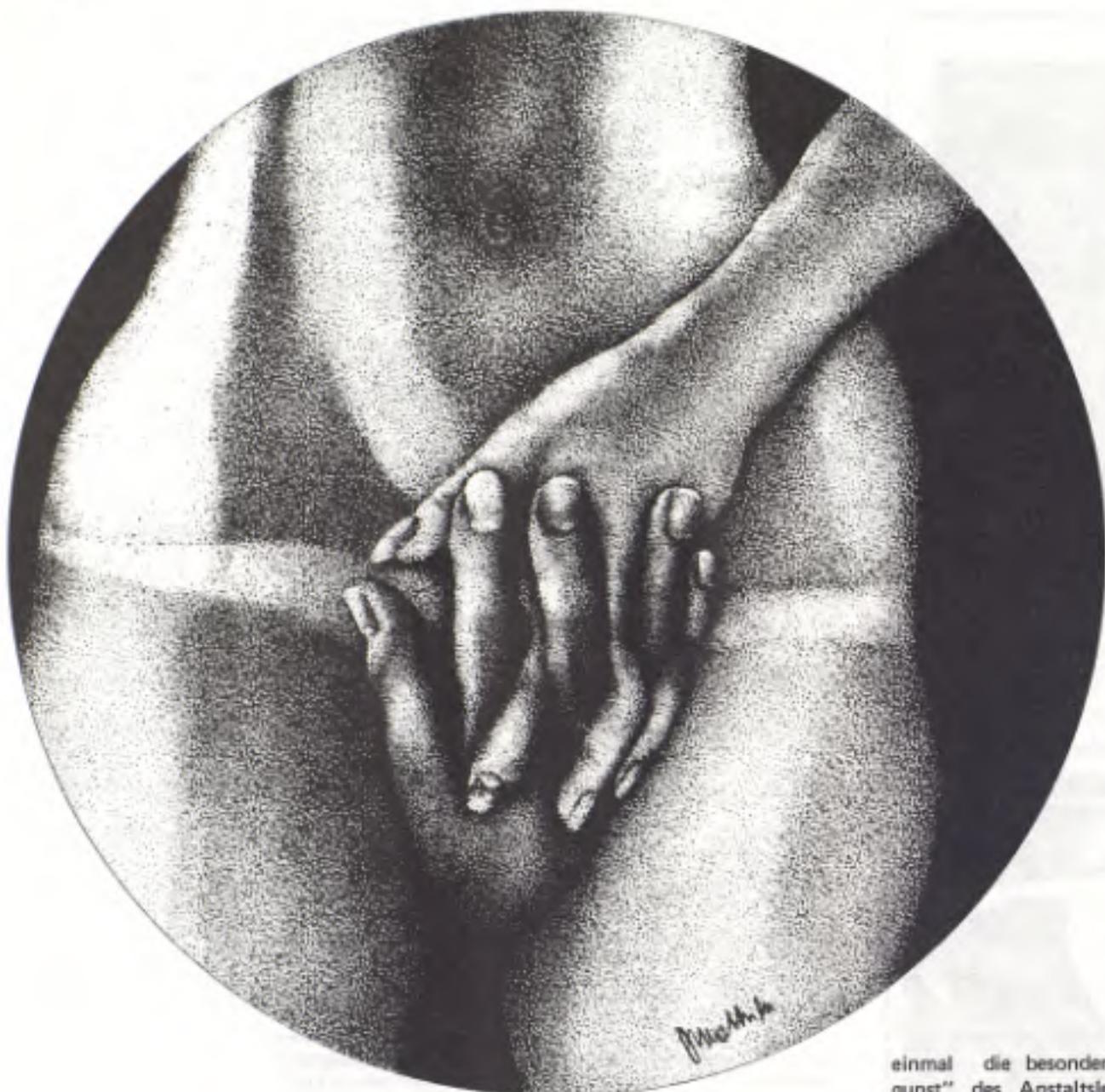
Bedienstete und sonstige aggressive Insassen

Es dürfte klar sein, daß eine Verwaltung, die mit solchen obskuren Methoden gegen ihre Kritiker aus den eigenen Reihen vorgehen zu müssen glaubt, noch viel härter auf jede Form von Widerstand seitens der Gefangenen reagiert. Die dafür zur Verfügung stehende Palette ist umfangreich. Von subtiler Repression wie Ablehnung aller ‚Vergünstigungen‘ (Besuchszeitverlängerung, Teilnahme an Freizeitgruppen und -veranstaltungen, schlechte Stellungnahmen zur Entlassung nach Zweidrittelverbüßung, Urlaubsverweigerungen), bis zu unmittelbarer Repression reicht sie. Rheinbachs Anstaltsleiter sieht das natürlich ganz anders. In seinem Selbstverständnis ist kein Raum für selbstkritische Gedanken. Repressionsmaßnahmen haben ausschließlich die Gefangenen selbst zu verantworten. Ihre Charakterstruktur ist schuldig!

„Wie bereits in den letzten Jahren besteht auch für 1977 der Eindruck, daß der Anteil an schwer persönlichkeits- und verhaltensgestörten Gefangenen unter den im Einweisungsverfahren der Anstalt zugeführten Insassen eine weiter steigende Tendenz zeigt. Dieser Personenkreis läßt sich – wenn überhaupt – nur sehr schwer in den Anstaltsbetrieb einordnen.(...) Die Konzentration von besonders schwierigen Gefangenen ... führt zwangsläufig dazu, daß das Anstaltsklima sehr gespannt ist.“

Gespanntes Klima, weil die Gefangenen zu ‚schwierig‘ sind? Ein Anstaltspsychologe sieht es im gleichen Jahresbericht etwas differenzierter:

„Die Atmosphäre der Anstalt äußert sich zunächst einmal in einer oberflächlichen Ruhe, die aber vermuten läßt, es stehe etwas dahinter. In der Tat läßt sich – befindet man sich einmal eine gewisse Zeit im Halftaus – eine schwer zu fassende Unruhe bemerken, die sich nicht an äußeren Gegebenheiten festmachen läßt; das Gefühl macht sich breit, es schwebe irgend etwas unter der Oberfläche. Aus dem Tenor der Gespräche mit Bediensteten aller Fachgruppen lassen sich immer wieder Unzufriedenheit und Resignation entnehmen. Ebenso aus Gesprächen mit Gefangenen, wobei hier statt Resignation eher latente Aggression spürbar ist. (...) Man könnte erwarten, daß eine Anstalt wie Rheinbach für ihre Aufgabe personell wie materiell besonders gut ausgerüstet würde, daß besondere Anstrengungen in der Ausbildung des Personals unternommen würden. In der Tat ist das aber nicht der Fall. Hier zeigt sich m.E. eine ähnliche Hilflosigkeit der vorgesetzten Behörde im Umgang mit C-Anstalten(C-Anstalt = geschlossener Vollzug / W.S.), wie die Hilflosigkeit der Bediensteten mit den C-Gefangenen. Man weiß mit ihnen nichts rechtes anzufangen, macht



sie zu Problemen und hält sich ansonsten davon fern. In den leergefegten Fluren der Anstalt zeigt sich das ebenso, wie in der desolaten Stellung der C-Anstalten im Vollzugssystem. Abgesehen von intensiven Anstrengungen hinsichtlich der Sicherheit nach außen und innen besteht z.Z. kein Konzept dafür, wie man Sicherheit und Behandlung hier in Rheinbach integrieren könnte."

Langer Reder kurzer Sinn: der gesetzlich zwingend vorgeschriebene Behandlungsvollzug – womit noch nichts über dessen Sinn oder Unsinn ausgesagt wird – findet in Rheinbach nicht statt. Weder 1977 noch, wie der katholische Pastor zu berichten weiß, heute. Aber was tut's, wenn man die aus nur zu verständlichen Gründen latent oder offen aggressiven Gefangenen mit Disziplinarmaßnahmen "behandeln" kann? In nackten Zahlen liest sich diese Art von "Resozialisierung" im nächsten Jahresbericht so:

"Arrest wurde in 107 Fällen verhängt. Eine Beschränkung oder der Entzug der Teilnahme an Freizeitveranstaltungen mußte in 132 Fällen, die Beschränkung oder der Entzug der Verfügung über das Hausgeld und des Einkaufs in 79 Fällen ausgesprochen werden. Besondere Sicherungsmaßnahmen wurden im Berichtsjahr angeordnet: In 56 Fällen Unterbringung in einem besonders gesicherten Haftraum ohne gefährdende Gegenstände, in 4 Fällen eine Fesselung."

Da manche Gefangene im Berichtsjahr 1978 mehr als eine Disziplinarmaßnahme erhielten wurde – bei gesamt 378 Disziplinarverfügungen – statistisch rund jedem zweiten Rheinbacher Gefangenen

einmal die besondere "Behandlungsgunst" des Anstaltsleiters zuteil. Und um welche schwerwiegenden Verfehlungen, die zu fast einem Drittel mit Arrest geahndet wurden, handelt es sich?

"Dem Rückgang an Maßnahmen wegen Verletzung der Arbeitspflicht steht ein Anstieg bei den Verfehlungen gegen Bedienstete gegenüber. Es handelt sich dabei um aggressive Verhaltensweisen von Gefangenen, die sich jedoch AUSNAHMSLOS (Hervorhebung W.S.) im verbalen Bereich bewegten."

Schlechte Arbeitsmoral, doch gute Gewinne

Sogenannte Arbeitsverweigerungen, das Sakrileg im Vollzug, waren in nur 58 Fällen zu verzeichnen. Wenig mehr waren es im Vorjahr, was den Anstaltsleiter nicht hinderte, auch da routinemäßig das Klagegeld vom schlechten Gefangenenpersonal anzustimmen:

"Bedauerlicherweise konnte im Berichtsjahr die Arbeitsmoral zahlreicher Gefangener nicht zufriedenstellen. (...) Die hiesige Anstalt erhält überwiegend Gefangene zugewiesen, die in hohem Maße verhaltensgestört sind und deren soziale Grundeinstellung häufig von negativen Tendenzen bestimmt wird. Die Defekte im

seelisch-geistigen Bereich sind teilweise derart gravierend, daß eine genaue Abgrenzung zur psychischen Erkrankung hin oft nicht mehr erkennbar ist."

Alle Jahre wieder, könnte man da sagen oder: Sie hörten eine Expertise von Prof. Dr. Dr. s. (s. = selbsternannt) L. Breitkreuz in Sachen Vulgärpsychologie. Allerdings, wer mit derart diffamierenden Äußerungen vom eigenen Versagen abzulenken versucht, sollte vorsichtig sein. Er könnte sich leicht selbst ein Bein stellen. Und so heißt es denn auch nur wenig später zum Thema Gefangenearbeit:

"Das Gesamtlohnaufkommen (Als Lohnsummen werden hier die mit Gefangenearbeit erwirtschafteten Beträge bezeichnet / W.S.) aller Betriebe in der Anstalt ist gegenüber dem Vorjahr um rund 14% auf 5.967.961,74 DM gestiegen. Dieser beachtliche Zuwachs ist nicht allein auf die übliche Anhebung der Löhne zurückzuführen, sondern spiegelt deutlich den verstärkten Einsatz von Gefangenearbeitskräften wieder. Der Realzuwachs von 32,2% von Gefangenearbeitskräften schlägt hierbei entscheidend zu Buche."

"Der Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben beträgt 3.006.881,66 DM gegenüber der Summe von 2.479.694,61 DM im Vorjahr."

Wie schrieb Frau Justizminister Donnepp in der Broschüre "Strafvollzug in NRW", April 1980:

"Rechnet man den Gesamtaufwand auf Gefangene und Hafttage um, so kommt man auf einen Brottozuschuß von 82,83 DM je Gefangenen und Hafttag."

Wieso hier Gewinn und da Zuschuß?

Kein Wunder, wenn allein die Personalkosten einer Institution, die als wesentliche Stütze des Systems fungiert, 295 Millionen DM im Jahr betragen, inklusive des Gehalts der Frau Minister...

Vorzügliche Trennscheiben „dafür weniger zu essen“

Zurück zu Rheinbach. Der Mythos von den arbeitsscheuen Gefangenen wird endgültig ad absurdum geführt, wenn vom "qualitativ hohen Leistungsgrad der hiesigen Eigenbetriebe, der im übrigen immer wieder durch persönliche Dank- und Anerkennung seitens der Auftraggeber besonders unterstrichen wird.", die Rede ist. Eine Einschätzung, die 1979, stellvertretend auf die Schlosserei bezogen, ihre Bestätigung findet:

"Die Schlosserei unterhält mit gleichbleibendem Erfolg nunmehr schon traditionell gute Beziehungen zu mehreren privaten Unternehmen. Darüberhinaus hat sie gerade im Berichtsjahr u.a. durch die Entwicklung einer Besucher-trennwand (Trennschreibe, W.S.) ihre besonderen Fähigkeiten zu handwerklich hochwertiger individueller Leistung einmal mehr unter Beweis gestellt. Die Trennkonstruktion, die sich im Vergleich mit anderen Modellen als die in jeder Hinsicht beste herausgestellt hat, wurde inzwischen von zahlreichen anderen Anstalten übernommen." Ein Kommentar zum Zynismus in diesen Äußerungen erübrigt sich. Bekanntlich funktionierten auch gewisse technische "Errungenschaften" in den KZs ausgezeichnet.

Der Preisanstieg gegenüber dem Vorjahr von 0,03 DM ist auf die allgemeine Preiserhöhung der wichtigsten Nahrungsmittel zurückzuführen. Ärztliche Verordnungen in nicht unerheblichem Umfang führten ferner zu dem verhältnismäßig hohen Verpflegungssatz."

1978

"Der tägliche Verpflegungssatz betrug pro Gefangenen

3,17 DM

Die Verminderung ärztlicher Verordnungen führte zur Reduzierung des Verpflegungssatzes."

(Ärztliche Verordnungen meint nichts anderes als die Ausgabe von Zusatznahrungsmitteln bei untergewichtigen Gefangenen, in Form von 20 g Butter, einen halben Liter Milch, wöchentliche Zusatzzucker- und Obstportionen).

Wer arbeitet soll auch nicht essen. Seither kann Untergewicht mit einer zusätzlichen Schöpfkelle voll Kartoffeln oder Gemüse vom üblichen – nun ja – Anstalsessen durch den Arzt bekämpft werden...

Dieser Knast ist krank

Seinen Bediensteten läßt Herr Breitkreuz weit mehr Fürsorge zukommen. Von psychosomatischen Erkrankungen scheint er gehört zu haben. Selbstverständlich leiden an ihnen nur die beamteten "Insassen":

"Folge der ungünstigen Personalbesetzung ist der hohe Krankenstand der hiesigen Bediensteten. Während nach einer jüngst veröffentlichten Studie der durchschnittliche Arbeitnehmer in der Bundesrepublik 15 Arbeitstage jährlich arbeitsunfähig erkrankt ist, fehlt der Bedienstete der JVA Rheinbach im Schnitt 25 Arbeitstage wegen Erkrankung. Insbesondere wird der Anstieg der psychosomatischen Erkrankungen auf Grund der Überlastung mit Überstunden von den hier ansässigen Ärzten beklagt. Abhilfe wäre durch Personalvermehrung und dadurch ermöglichten Freizeitausgleich zu schaffen."

Unterstellen wir den Bediensteten einmal nicht "mangelnde Arbeitsmoral", obwohl dazu mancher rheinbacher Gefangene sicher anderer Ansicht wäre, bliebe die Frage nach der Verantwortlichkeit. Antwort – wie gehabt:

"Die weitere Konzentration von besonders schwierigen Gefangenen konnte auch durch vermehrte Neueinstellungen nicht aufgefangen werden. Der ständige Umgang mit solcher Klientel und die damit einhergehende besondere Belastung der Bediensteten führt oft zu Ausfällen, die auf Überforderung zurückzuführen sind."

Das selbstentworfenen Gefangenenbild des Herrn Breitkreuz ist unverrückbar. Keine Frage, ob nicht auch für die Gefangenen "der ständige Umgang mit solcher Klientel", nämlich den Bediensteten, zu "Ausfällen, die auf Überforderung zurückzuführen sind", führt. Nein, die erschreckenden Zahlen über deren Gesundheitszustand findet er keines Kommentars für würdig.

"Im Berichtsjahr meldeten sich 5.917 Gefangene krank. Diese Zahl beinhaltet auch diejenigen Gefangenen, die wegen gleicher Beschwer-

den dem Arzt mehrfach vorgeführt wurden; nicht in ihr enthalten sind diejenigen Gefangenen, die wegen geringfügiger Klagen täglich im Lazarett ambulant behandelt worden sind."

Mit anderen Worten: diese Zahl erfaßt durchweg ernstzunehmende Erkrankungen. Diese Einschätzung wird von den weiteren Zahlen gestützt:

– Stationäre Behandlung im Lazarett der Anstalt: 101 Gefangene, statistisch also jeder fünfte;

– Schonung wegen Krankheit erteilt: 5.993 Tage, und wer weiß, daß nichts schwieriger ist als im Knast arbeitsunfähig geschrieben zu werden, kann er messen, was diese Zahl bedeutet;

– Behandlung nach Arbeitsunfällen: 347 Gefangene (!)

Käfighaltung

Das "Totenhaus" Rheinbach, sagen die Gefangenen. Übertreibung? Kaum! Ein Knast, beherrscht von einer Atmosphäre des Mißtrauens selbst unter den Bediensteten; ein Strafvollzugsgesetz, für die Gefangenen nicht das Papier wert, auf dem es gedruckt ist; Sicherheit und Ordnung durch Repression als A und O der "Resozialisierung" und Herr Breitkreuz beklagt sich mit beleidigtem Unterton über "permanente Beschwerden (...), wobei sich oft zeigt, daß gleichzeitig alle Beschwerdewege beschritten werden. Überhaupt muß festgestellt werden, daß die Beschwerdebereitschaft wieder angestiegen ist." Dabei hat der Rechts- und Beschwerdeweg kaum Aussicht auf Erfolg, denn "der Antragsteller hat im Normalfall weder die Geduld noch das Wissen noch das Geld, um den langwierigen Beschwerdeweg einzuschlagen und anschließend den juristischen Gipfelanstieg über die Gerichte in Angriff zu nehmen", sagt der evangelische Rheinbacher Pfarrer.

Ein Alltag in einem Vorzeigemodell für geschlossene Anstalten, wie es die häufig dort stattfindenden Besuchsbesichtigungen von angehenden Juristen suggerieren könnten? Weit eher in einem steingewordenen Paradebeispiel für die unverändert praktizierte Barbarei der Käfighaltung von Menschen im 20. Jahrhundert.

Irgendjemand schrieb einmal von "den Erziehern, die selbst noch erzogen werden müßten". Ob er die "Resozialisierer" meinte?

Werner Schlegel

Kontakte: Anstaltsleiter Lothar Breitkreuz (der allerdings trotz mehrfacher Aufforderung zu unserem Bericht nichts beisteuern mochte) und Klaus-Jürgen Schulze-Rossig: JVA Aachener Str. 47, 5308 Rheinbach, Tel.: 02226/2088-89. Werner Schlegel: Holterhauserstr. 91, 4300 Essen, Tel.: 0201/772719.

Alltag in Rheinbach

Den Tages- und Wochenverlauf im Rheinbacher Knast schildert ein langjähriger Gefangener als „Arbeitsbeschaffungs- und Sicherheitstherapie“. Für die übergroße Mehrheit der Insassen bestehen die groß herausposaunten Resozialisierungs-Angebote nur aus einem Platz auf der Warteliste.

Rheinbach, Februar 1980

Hier im Hause läuft seit ein paar Monaten ein sogenanntes „Filz-Kommando“ durch die Zellen und veranlaßt, alles was ihnen als zu viel (meine Blumen und Pflanzen z. B.) als auch der angeblichen „Sicherheit und Ordnung“ widerspricht (angeblich keine Zellenübersicht bei Kontrollen und Schnüffeleien in meinem Papierkram und Bastelarbeiten...) schlicht zu entfernen – wegzuerwerfen bzw. zu verpacken und auf die Kammer (Effekten-Kleider-Kammer) zu geben als auch bei den Besuchen mit hinauszugeben. Dieses geschah schon das 3. Mal bei mir – in den letzten 2 Monaten sogar fünf mal, worunter sich meine Bücher (z.T. Fachbücher, meine wöchentlichen Zeitschriften, ID usw.), aber auch meine vielen Ausarbeitungen, Notizen lyrischen und prosaischen selbstgeschriebenen Verse, Zeichnungen und Skizzen, Berichte über sportliche, hausinterne Begebenheiten und und und... befanden und auch geopfert werden mußten, obwohl ich noch manchemal mich mitten im Text befand. Also kam ich dem nach, um nicht noch mehr Repressalien zu spüren zu bekommen.

„Verdammte Wartelisten“

Es gibt kein „Bewährungstraining“, noch sonst irgendwelche Ankündigungen in diese oder ähnliche Richtung. Hier zählt nur „malochen“ und „ausbeuten“ lassen, wenn es geht und ginge, 15 Stunden am Tag – nicht mal eine Stunde Mittagspause hat man hier ... 40 Minuten ist alles. Dazu kommen keine Institutionen (Volkshochschule usw.) von draußen herein, es sei denn nur Einzelpersonen, die stark engagiert und interessiert bei der hiesigen Laienspielgruppe, bei den Sportgruppen (mit nur einem hauptamtlichen Bediensteten, Herr Andreas Marx) und bei zwei oder drei „hausinternen Kontaktgruppen“ mit nur ausgesuchten Gefangenen, hauptsächlich Lebenslängliche, teilnehmen. Ein paar machen einen sogenannten „Liftkurs“ zur Vorbereitung auf weiterführende – schulische/berufliche – Maßnahmen mit, und damit wäre soweit im Umriß das Angebot ausgeschöpft. Im Einzelnen könnte ich erweitern – es gibt eine einmal wöchentlich stattfindende Bastelgruppe in einem viel zu kleinen unmöglichen Raum mit unzureichendem Werkzeug und Hilfsmitteln. Eine Presse ist schon lange versprochen worden – zum Pressen der Intarsienbilder etc., aber wie gesagt, hier sind alle groß in Lippen-

bekennnissen. (Personenzahl der Teilnehmer ist mir unbekannt, aber bestimmt nicht mehr als 15); das Gleiche bei einer sogenannten Mal- und Zeichengruppe (ohne Räumlichkeit, dafür fällt eben irgendwas anderes aus oder kann grundsätzlich nicht stattfinden bzw. erst ins Leben gerufen werden); dieses wiederholt sich bei der sogenannten Tongruppe (bei beiden ist mir die Teilnehmerzahl unbekannt); dann haben wir zwei Tischtennisgruppen, zwei Gymnastikgruppen und zwei Kraftsportgruppen, vier Fußballgruppen eine Handball-, eine Faustball- und eine Volleyballgruppe; die erwähnte Laienspielgruppe, sowie eine Gruppe für Politik und Wirtschaft. Von den Sportgruppen darf jeder Inhaftierte nur an zweien sich beteiligen, trotzdem sind immer noch 70-100 Inhaftierte auf den verdammtsten Wartelisten – bei 520 Bestand momentan. Möchte hier die zwei Schachgruppen nicht unterschlagen. Dieses nennt sich Freizeitangebot sowie z.T. Selbstgestaltung nach Fähigkeit und Interesse der Inhaftierten. Nimmt man an keiner dieser Gruppen teil, dann ist beim Abendkostverteilen um 17.45–18.15 Uhr je nach Abteilung schon Nachtverschluß, bei Freizeitgruppenteilnahme von 18.30/45–20.15/30 und der Duschmöglichkeit – dann erst Nachtverschluß. Samstags und Sonntags gibt es keine Gruppenteilnahme, Abteilungsordnung erlaubt nur Umschluß von 12.15 bis 15.15 und nach der Abendkostverteilung um 15.30 ist dann der obligatorische Nachtverschluß bis morgens um 6.10 zum Frühstück. Dann hat jede Abteilung (immer zwei aus dem Hause/alle zehn Tage abends fernsehen, original oder aufgezeichnet, je nach Saalabstimmung von 18.30 bis 21.45 außer Samstags und Sonntags). Gehe ich nur hin, wenn zu dieser Zeit Sportübertragungen sind und ich dran bin (zwei Mal 1979), denn bei den Nachrichten und aktuellen Berichten quatscht die Subkultur nur permanent, bei Schweinchen Dick sind sie mäuschenstill, so kann man sie, werden sie permanent manipuliert.

Angeblich scheitert hier alles an den Räumlichkeiten bzw. dem dazugehörenden Aufsichtspersonal (offiziell). Meiner Meinung nach haperts am Willen, denn hier wollen sie einfach nicht bzw. vielleicht können sie es nicht mehr umschalten vom Verwahrvollzug zum gesetzlich vorgeschriebenen Behandlungsvollzug, im

Sinne der Lippenbekenntnisse aufgrund der Reformen – oder meinten sie immer noch „formen–pressen–schablonieren–zerdrücken“, um sie ganz schlicht als „verformt“ zu entlassen und somit den Kreislauf zur Aufrechterhaltung ihres Systems „Arbeitsbeschaffung und Sicherheitstherapie“ gewerkschaftlich gefördert, nachgekommen zu sein und geschlossen zu haben...?!

„Humanistische Union“

Mit diesem kleinen Einblick (Ausblick auf weitere Gedankengänge – bin z.B. in Zusammenarbeit mit der Humanistischen Union (HU) darum sehr stark bemüht, eine geeignete Person aus dem Bonner Raum zu gewinnen für eine kontinuierliche HU-Gruppenarbeit hier im „Totenhaus Rheinbach“) möchte ich für heute beschließen und hoffe doch, daß meine Zellen bei Dir „ankommen“ und auch als Diskussionsgrundlage verwendet werden, gerade „Im Sinne der Reformen“ ... und verbleibe in dieser Hoffnung.

Klaus Jürgen Schulze-Rossig

Im Oktober/November 1980 hatte sich daran nichts geändert, vor allem wird weiterhin „gefilit“ und weiterhin der gemeinsame Umschluß, Veranstaltungen usw. eingeschränkt, soweit sie irgendwelche Freiräume für ein unkontrolliertes Zusammensein der Gefangenen bieten könnten: Totale Sicherheit rangiert vor jedem Anflug von Menschlichkeit.

„Wie wär's mit einer Aktion, bundesweit, gegen die Anhalteverfügungen als Zensurmaßnahmen“ fragt ein Offenbacher, der überzeugt ist, daß alle linken, alternativen, anarchistischen Zeitungen, ihre Leser und Freiabonnements-Spender daran dringend interessiert sind. Angesichts der täglich zurückkommenden ID's aus den Knästen (jeder dritte Knast-Abonnent macht die Erfahrung öfters) tatsächlich dringend! Vielleicht bildet sich eine Initiative aus Leuten, die nicht schon mit der täglichen Verwertung dieses Elends ausgelastet sind.

Kontakt: Jürgen Dietzsch, Ostpreußenstr. 28, 6050 Offenbach.

„Transparent“ heißt ein „Informationsblatt für freiwillige Mitarbeiter im Strafvollzug“, das in Frankfurt erscheint. In der Dezembernummer 1980 wird zum Beispiel berichtet über den geplanten Knast-Neubau in Weiterstadt bei Groß-Gerau (Hessen), über den Rauschmiß eines Ehrenamtlichen in Stuttgart-Stammheim, über die „Abschaffung des Knasts“ in Schweden, über Gefangenenvereinigungen. Das Blatt wird durch Spenden finanziert.

Kontaktadresse: Beate Kohl, Berger Str. 299, 6000 Frankfurt 60, Tel.: 0611/46 13 05, Postcheckkonto: Frankfurt 931 11-601, H. Cosepius, U-Konto „Transparent“.

Der Gefangene Peter Schömwiese soll vom Knast Hamburg nach Lübeck verlegt werden. Daß dies nicht nur einfach ein Wohnungswechsel ist, beschreibt Peter in einer Erklärung: „...Der Knast Lübeck hat für Hamburger Gefangene eine eindeutige Straffunktion. Wer in Hamburg nicht pariert und gehorcht, wird nach Lübeck verlegt, wo in Haus F ein Vollzug praktiziert wird, der dem in Totsicherheitstrakten sehr nahe kommt.“ Peter kündigt in seiner Erklärung „passiven Widerstand“ an, und bei Verlegung nach Lübeck will er zusätzlich in einen Hungerstreik treten.
Kontakt: Peter Schömwiese, Suhrekamp 98, 2000 Hamburg 63

„In meiner Haftzelle wurde einiges demoliert, während ich in die B-Zelle (Beruhigungszelle) gesteckt wurde. Auf meinen Strafantrag hin ermittelt die Staatsanwaltschaft Gießen wegen Sachbeschädigung“ – aber nicht gegen die Beamten, sondern gegen den Mitgefangenen, der mit mir in die B-Zelle gesteckt wurde! Frank D. Zuth aus dem Butzbacher Knast hat über diese und andere Schikanen an den ID und andere Zeitungen geschrieben und sie gebeten, Öffentlichkeit herzustellen. Wichtig ist das vor allem deshalb, weil Zuth in der Gefahr steht, in die Zwickmühle aller sogenannten Querulanten zu geraten: das Gießener Landgericht hat ihm bereits angedroht, wegen seiner häufigen und „leichtfertigen“ Anschuldigungen („leichtfertig“ wohl aus dem Grund, weil sie hinterher immer abgewiesen werden) Strafverfolgung gegen ihn einzuleiten. Das heißt, mit der Zeit wer-

den die Beschwerden ihm als eigene Straftat angerechnet. Gibt es einen Anwalt, eine Knastgruppe, eine Wohngemeinschaft, eine christliche Gemeinde – kurz irgendjemand, der ihm helfen kann? Denn auf die Dauer hilft die Veröffentlichung allein gegen laufende alltägliche Schikanen nichts mehr.

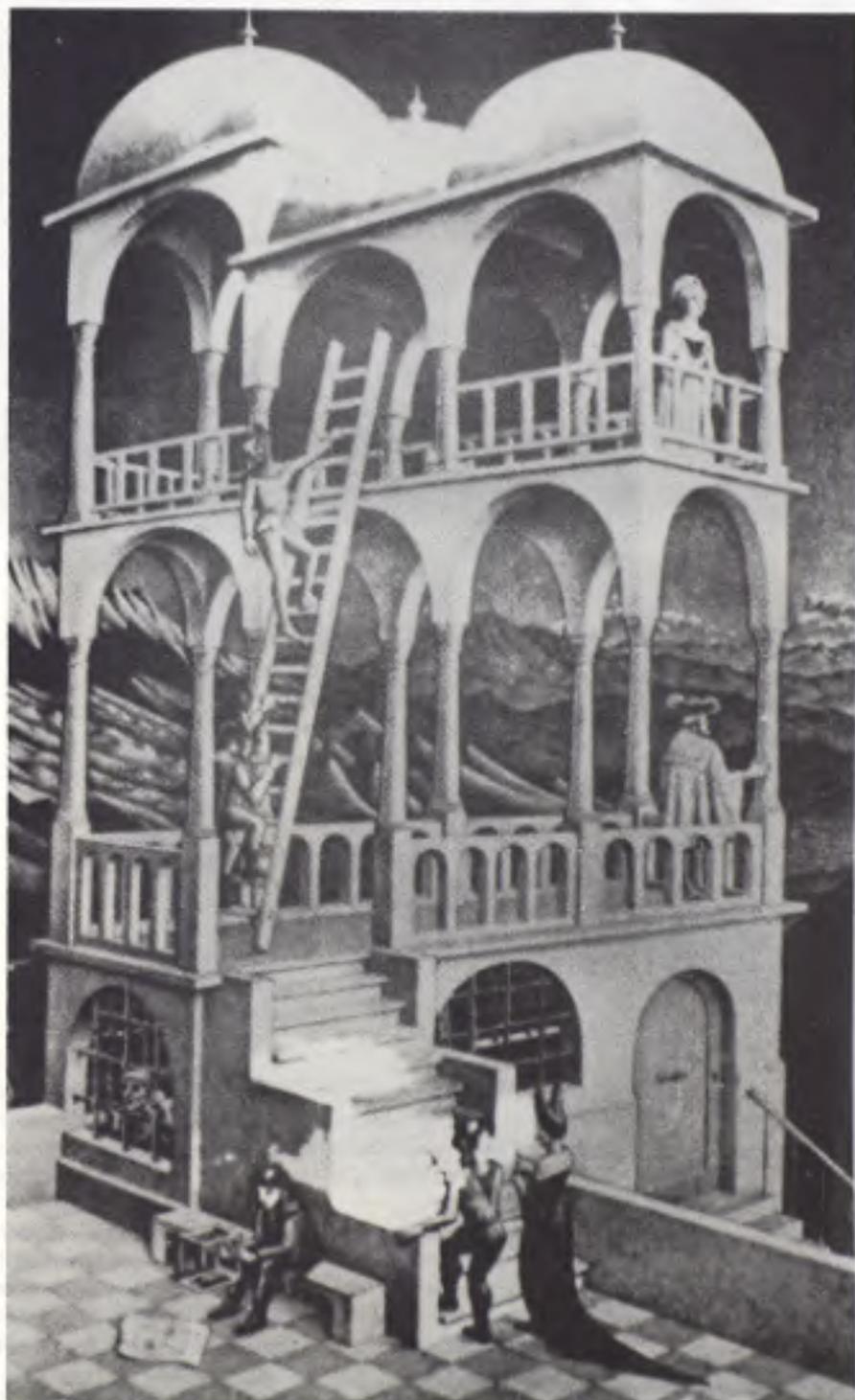
Kontaktadresse: Frank D. Zuth, Postfach 320, 6308 Butzbach.

„Die Gerichtsverfahren sind meist an den Verhaftungssituationen hochgezogen worden, um den Kern der Guerilla auszusparen, ihre Aktionen“, sagt Stefan Wisniewski, der wegen Beteiligung an der Schleyer-Entführung 1977 angeklagt ist, versucht in seiner Erklärung, die Politik der Stadtguerilla zu begründen, und auf die Entführung und Geiselnbefreiung einzugehen. Die Prozeßberichterstattung im ID soll selbstverständlich weiterlaufen; unabhängig davon kann, wer diese Erklärung will, gleich eine Fotokopie vom ID haben (19 Seiten; drei Mark achtzig inklusive Porto). Wisniewskis Anwalt/Anwältin: Helmut Funko, Münchener Str. 22, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 0611/ 23 37 91 und Edith Lunnebach, Tel.: 0221/ 61 990. Er selbst sitzt in der JVA Ulmenstr. 95, 4000 Düsseldorf.

„Wir haben dafür gekämpft, haben gesagt, wenn politische Gefangene hier in Preungesheim – dann Integration in den Normalvollzug. Heute wissen wir, daß unsere Forderungen falsch waren, weil es diesen Vollzug für die Gefangenen aus der Guerilla nicht gibt/niemals geben wird“, schreibt Irene Boehm am 15. Dezember 1980 aus dem Frankfurter Frauenknast. Am Beispiel ihrer Mitgefangenen Verena Becker stellt sie dar, wie „Normalvollzug“ für „politische“ Gefangene totale Überwachung und erst recht Isolation bedeutet. Karl-Heinz Schwulerra (ID 361: „es gibt keine Vertraktung des gesamten Knastwesens“) übersehe, daß zum Beispiel in Preungesheim „alle Stationen in ultrabrutale, überdimensionale Hundezwinger umfunktionierte wurden“. In der gleichen Debatte über den Kampf von Gefangenen und Linken gegen die Hochsicherheitstrakte schreibt Jan van de Loo aus München – der Mann, der wegen eines freien Radios im Knast gesessen hat – die „Rote Hilfe“ München und der ID erfüllten eine psychologische Spaltungsfunktion in der Linken, denn durch die „zynische und ungreifbare Forderung ‚Freiheit für alle‘“ lenkten sie von den konkreten Knastproblemen ab und machten die Sondertrakte für politische Gefangene zum „Nebenproblem“. Auch Eberhard Tresselt aus Köln kritisiert den ID: eine Autonomie des Kampfes gegen die Hochsicherheitstrakte „draußen“ gegenüber dem gleichen Kampf „innen“ (s. ID Nr. 359) könne es nicht geben – das Ergebnis würde nur die endgültige Trennung sein.

Adressen: Irene Boehm, JVA, Homburger Landstr. 112, 6000 Frankfurt 50; Jan van de Loo, Clemensstr. 76, 8000 München 40; Eberhard Tresselt, Marsiliustr. 32, 5000 Köln 41.

Aus dem Werk des Grafikers Escher: beachten Sie bitte die geniale Architektur des Mittelalters





Vom schönen Landleben, oder:
**SCHWIERIGKEITEN ITALIENISCHER
 LANDKOMMUNEN**

Ende August fand in Sorano in der Gegend von Grosseto (Toskana) ein Treffen von italienischen Landkommunen und Handwerkskooperativen, die auf dem Land leben statt. Der folgende Bericht faßt Erfahrungen dieses Treffens zusammen. (Aus Lotta Continua vom 3. September 80)

Landkommunen sind in Italien in den letzten Jahren beinahe ein Mythos gewesen. Zwischen 1973 und 1977 haben sie sich ziemlich verbrietet. Wieviele sind es? Das weiß niemand. Einige hundert sicher, irgendwo verstreut, vor allem in der Toskana und in Umbrien. Aber auch in anderen Teilen Italiens bis hinunter nach Sizilien gibt es sie.

Heute ein Stück Land zu finden mit einem Häuschen drauf, auch wenn es eine halbe Ruine ist, ist inzwischen schon ein Unternehmen geworden. Und von „kaufen“ kann heute kaum noch jemand reden: die Preise sind in die Höhe geschossen. Bis vor drei Jahren konnte man noch etwas finden, ein Stück mit einem Grundstück, für 30 bis 50000 Mark. Aber es gibt schließ-

lich die Konkurrenz mit den Amerikanern und den Deutschen, die die Hügel der Toskana lieben und alles kaufen und mit allem zufrieden sind. Sie nehmen sich alte Hütten und wandeln sie – wie ein Wunder – in elegante Villen mit Schwimmbädern um.

Um Land zu besetzen, ist die Zeit nicht mehr danach. Die Kräfteverhältnisse haben sich gewandelt, die einzigen Erfahrungen, die in letzter Zeit positiv ausgegangen sind, waren nur aufgrund langwieriger, harter Kämpfe möglich. Dann müßte es eigentlich das brachliegende Land geben. Aber das ist eine lange Geschichte.

Theoretisch dürfte das eigentlich kein Problem sein. Es gibt ein

italienisches Gesetz aus dem Jahr 1978, das die Zuweisung von nicht kultiviertem Land an Kooperativen, die dies anfordern, vorsieht. Tatsächlich gibt es auch sehr viel brachliegendes Land. Aber kaum hat der Eigentümer davon Wind gekriegt, daß eine Gruppe von Jugendlichen sich überlegt, das Land zu bearbeiten, baut er plötzlich irgendwas an, nur so, auch wenn es völliger Quatsch ist, aber die Sache ist verhindert.

Dann gibt es die großen Immobiliengesellschaften, die auf Land scharf sind, auch wenn es in einem völlig abgelegenen Tal liegt, aber die teuflische Phantasie eines Ingenieurs kann sich auch dort eine schöne Residenz aus Sichtbeton vorstellen. Und sie wissen, daß sie sich früher oder später durchsetzen werden.

Dagegen braucht es ziemlich viel Zeit, bis ein Stück Land für brachliegend erklärt wird: es bedarf einer amtlichen Überprüfung, aufgrund der der Zuweisung des Landes zugestimmt wird, und dies muß in Gesetzen der einzelnen italienischen Regionen (z.B. Toskana) geregelt sein; aber in der Zwischenzeit kann das Land schon bebaut sein. Bleibt als einzige Möglichkeit ein Mietvertrag.

Für jene, die schon einige Jahre in Landkommunen leben, sind die Probleme anders: z.B. eine Kooperative zu bilden (dafür sind neun Leute erforderlich), um günstige Darlehen zu bekommen. In fast allen Landkommunen gibt es zunächst die gleiche Geschichte zu erzählen: Vier oder fünf Freunde sind aufs Land gezogen, drei sind dort geblieben, zwei sind wieder gegangen, dann sind zwei neue gekommen, aber dafür ist noch einer aus der ursprünglichen Gruppe ausgestiegen... usw. Also ein ziemliches Kommen und Gehen.

Die Gründe dafür sind immer ähnlich: Schwierigkeiten im Zusammenleben (wahrscheinlich auch die größere Konzentration

aufeinander im Vergleich zur Stadt/ID). Auf jeden Fall reicht es nicht, auf dem Land zu sein, um stabile Beziehungen zu garantieren. Heute haben sich die Kleingruppen einigermaßen stabilisiert, sie haben einen eigenen Arbeits- und Lebensrhythmus gefunden.

Schlichtweg alle beschwerten sich – in immer denselben Geschichten – über die Kurzzeitbesucher, die mit viel Ideologie und vielen konfuse Ideen darüber, wie schön es doch auf dem Lande ist, mal herkommen. Aber für all die, die einmal fünf Stunden auf dem Feld in südlicher Sonne gearbeitet haben, haben sich viele Mythen aufgelöst.

„Während ich draußen auf dem Traktor war, haben sie sich zuhause Pfeifen geschnitzt. Ich sage nicht, daß das nicht geht, ich will keine Verherrlichung der Arbeit; was mich betrifft, will ich möglichst wenig arbeiten, aber ein paar Sachen müssen gemacht werden. Inzwischen haben wir diese Dinge geklärt, und viele Freundschaften haben sich ‚aufgeklärt‘. Wer Lust hat, Zeit zu verplempern, weil er nichts Besseres zu tun hat, zu dem sage ich: nein danke. Wenn du dagegen Lust hast, was zu machen, für den ist das Haus offen, und auch für dich ist Platz.“

Sehr viele waren von dem Mangel an Komfort verschreckt. Die Mehrzahl der Häuser sind ohne Licht, das mag zwar ganz gemütlich sein, aber man muß sich schon zu arrangieren wissen ohne Elektrizität. Kein Kühlschrank, keine elektrischen Haushaltsgeräte, kein Fernsehen ... kein heißes Wasser in den kalten Monaten. Ein sehr einfaches Leben also. Und abends früh ins Bett.

„Auch wenn du Freunde triffst oder in der Ortschaft noch einen trinkst, bist du um 10 Uhr im Bett, denn am nächsten Morgen mußt du früh raus. Dann die Musik ... die fehlt mir



wirklich, ich würde gern ein paar Platten hören. Aber wir haben Kassettenrecorder mit Batterien und dann gibts noch vier Instrumente."

Landwirtschaftlich wird so natürlich wie möglich betrieben: keine chemischen Düngemittel, keine Unkrautvernichtungsmittel. Diese Entscheidung hat sehr niedrige Erträge bei relativ hohen Preisen zur Folge, auch wenn man keine riesigen Gewinne machen will.

Die Marktbeziehungen sind von daher ein ziemliches Problem. Oft sind die einzigen Verkaufsmöglichkeiten die Konsumkooperativen (in Italien sind die Coop-Geschäfte zum Teil noch näher an die Verbraucher gekoppelt, speziell in Mittelitalien stellen sie eine wichtige Wirtschaftskraft für die dort regierende KPI dar/ID). Ansonsten bleiben nur die Verbindungen in die großen Städte: Geschäfte, Freunde, Messen.

Nur sehr wenige Bewohner von Landkommunen können ausschließlich von der Landwirtschaft leben, ohne sonstige Einkünfte. Die Kooperativen, die schon längere Zeit bestehen, haben größere Investitionen gemacht und rechnen damit, daß sie in einigen Jahren – ohne sonstige Arbeit – finanziell auskommen. Für die anderen ist es schon viel, wenn sie – was Lebensmittel angeht – Selbstversorger sind, während sie für die sonstigen Ausgaben gezwungen sind, drei oder vier Monate im Jahr zu jobben.

Auf jeden Fall ist es also kein bequemes Leben, mit dem grossen Vorteil – und das ist nicht wenig – keinen Chef über sich zu haben, die Früchte seiner eigenen Arbeit unmittelbar zu sehen, weit weg von jeder Hektik der Städte zu leben und an frei gewählten, kollektiven Lebenszusammenhängen festzuhalten.



zur landnahme in italien

Der Schreiber des Artikels, ein Pop-Philosoph, hat mal Landarbeit gemacht, er durchquerte zu Fuß, zu Pferd, im Wohnwagen Landschaften von der Woderkant bis zur Toskana. Er schrieb einiges, vieles. Diesmal für uns.

Motto:

"Sich durch die Dinge bewegen wie eine Ratte im Schilf."

Im Spätsommer fand auf dem Barhof ein "Toskana-Treffen" statt – es diskutierten einige Dutzend Altlinke ("68er" nennt man sie in der Schweiz) ein (gemeinsames) Landkommunen-Projekt in der Toskana. Im Gegensatz aber zu ähnlichen Unternehmungen in den letzten Jahren, bei denen es naiv-nassforsch, pionierhaft um ganze alternative Dörfer ging, die man aus dem Boden stampfen wollte – in Griechenland, Italien, Neuseeland, etc. – ging es hier eher piano zu, d.h. hoffnungsvoll zwar, aber mit eher melancholischem Unterton. Sehr angenehm das Ganze.

Ich war aber leider nicht dort, denn zur gleichen Zeit fand in der Nähe von Poppi (in der Toskana, genauer: im Casentino) auf einem Landkommunehof parallel zum wöchentlich stattfindenden Frauentreffen ein Filmabend der diesen Frauen parallel geschalteten Männer statt. Die Filme hatten wir uns für eine Woche aus einem Laden in Florenz ausgeliehen – der eine war "Das Dschungelbuch".

Beim Barhottreffen traten abends immer die Mütter mit ihren Kindern auf – massenhaft, ebenso wimmelte es auch bei jenem Filmabend von Kindern (eine Freundin von mir dort bekommt gerade ihr viertes Kind!). Diese Absage an "Jung-

gesellenmaschinen", die sinnigerweise von Duchamp einmal "Machine for Farming" genannt worden ist, scheint mir ganz kennzeichnend für die Entwicklung der Landkommunen zu sein, wo sich das Ganze ja sowieso zumeist um Vermehrung, Mutterboden, Ablammen, etc. dreht ... Ich möchte hier aber diesen Punkt nicht noch mehr ausweiten und nur noch kurz Gioran dazu zu-Wort kommen lassen:

"Das kann kein guter Gott gewesen sein, der sagte: 'Seid fruchtbar und vermehret euch!' Ein guter Gott hätte gesagt: 'Seid selten!'"

Vorerst noch werden einstweilen die großen Landkollektive immer seltener, auch und vor allem in der Toscana, d.h. die Gruppen zerfallen nach einiger Zeit meistens in eheähnliche Zweierbeziehungen (mit und ohne Kinder), die dann über kurz oder lang sich einen eigenen Hof jeweils suchen. Dort sind sie zwar bereit und bestrebt, neue Leute bei sich einzulassen zu lassen, aber es finden sich selten welche und wenn, dann nur für kurze Zeit (wer möchte schon bei einem Ehepaar – in Untermiete quasi – leben, wo der Mann auf dem Hof und die Frau im Haus das Sagen haben, und man dafür auch noch bezahlen muß?). Im Casentino existieren auch schon ein paar Alternativ-Höfe, auf denen nur noch ein Typ lebt und arbeitet – z.B.: "Ich verbittert und ver-

biestert.

Es ist hier die Rede von Höfen in der Toskana, die von Ausländern (Deutschen, Österreichern, Schweizern und Engländern) bewohnt und bewirtschaftet werden, und die in der Regel die Gebäude und das Land drumherum auch besitzen, d.h. gekauft haben (zum Preis von 10 bis 100 000.- DM ungefähr). Obwohl es im Casentino (d.h. die Gegend um Arezzo) bei fast jedem Dorf mindestens eine solche Landkommune mittlerweile gibt, werden in der FAZ und in der "Zeit" allwöchentlich noch immer hunderte von Grundstücken mit Landhäusern in der Toscana von Maklern angeboten (vor drei Jahren lag der Hektarpreis noch bei 2000.- DM, zum Vergleich: in der BRD 10 bis 20 000.- DM).

Das hat seinen Grund in der Abwanderung der jungen Leute nach dem Zweiten Weltkrieg, mit der zweiten Phase der italienischen Industrialisierung. Zurück blieben die alten Leute, sodaß beispielsweise die meisten der um den Pratomagno (Gebirge zwischen Arezzo und Florenz) liegenden Dörfer in ihrer Einwohnerzahl auf ein Drittel schrumpften, viele Häuser fielen in sich zusammen, vom Zahn der Zeit zernagt, die über Jahrhunderte hinweg mühsam kultivierten Terrassenfelder zerfielen, das Macchia – Gebüsch und der Dornenwald – breitete sich darüber aus, denn auch die zurückgebliebenen Alten schränkten ihre landwirtschaftlichen Anbauflächen mit zunehmenden Alter immer mehr ein (im Gegensatz zur BRD beispielsweise, wo das Land der infolge der Technologisierung "gelegten" Bauern von den – ihre

Anbauflächen vergrößernden – Nachbarn sofort und gerne übernommen wird).

In diese in der Toskana entstandenen Kulturlücken rücken sowohl die für italienische Verhältnisse unterprivilegierten Sarden (zumeist Schäfer). Diese letzteren – Underdogs – werden im Gegensatz zu den deutschen, schweizerischen und österreichischen Landkommunarden von den ansässigen Toskanern herzlich gehaßt, während die letzteren nicht zuletzt wegen ihrer preußisch-protestantischen Arbeitsmoral und Sauberkeit durchaus beliebt sind. Dahinter verbirgt sich aber die unterschiedliche Ausgangsbasis beider Gruppen: während die Ausländer ihre neu gekauften Höfe wieder aufbauen, modernisieren, die verfallenen Terrassenfelder roden, herrichten – dabei durchaus die Krämer und Handwerker nicht leer ausgehen lassen, und nebenbei noch das Flair und die Großzügigkeit, die lockeren Umgangsformen des Weltstädtischen verbreiten, leben und arbeiten die Sarden zumeist auf sogenannten Halbpachthöfen, d.h. Land, Gebäude, Geräte und Vieh gehören dem Padrone, der fast immer in der Stadt lebt (seit der Renaissance schon) und der Pächter muß 50 Prozent des Erwirtschafteten im Jahr an ihn abgeben. Zwar gibt es seit einigen Jahren in der kommunistisch regierten Toskana ein Gesetz zur Neuregelung der Pacht-Verträge, aber kein Landbesitzer läßt sich darauf ein, solange die Halbpachtmöglichkeit weiterbesteht. Lieber läßt er sein Land unbebaut und seine Höfe leerstehen. (Ein weiteres Gesetz erlaubt die Bearbeitung – Besetzung – von Land, das fünf Jahre lang brach lag, die Landbesitzer kommen aber derartigen Aktionen oft dadurch zuvor, daß sie irgendwelche Lohnunternehmer oder Schäfer bitten, brachliegendes Land vorübergehend mitzubebauen.) Den zuziehenden Sarden würden aber auch derartige neue Pachtverträge – wie sie hierzulande beispielsweise üblich sind: auf der Basis von Angebot und Nachfrage (im Vogelsberg mitunter 10.- DM pro Morgen, in der Wessermarsch mancherorts schon 220.- DM im Jahr), – wenig nützen, da sie über kein Kapital verfügen, das sie in Geräte, Vieh, etc. investieren könnten.

Tagebucheintragung vom 26.7.1979:

"Gestern mit Tassini und seiner Frau von Florenz aus in die Gegend um Borgo San Lorenzo gefahren. Tassini ist Makler, Landbesitzer und Unternehmer (was er als solcher treibt, weiß ich nicht, ich habe ihn als Makler kennengelernt). Wir fahren zu "seinem Hof", ein schönes, ziemlich verfallenes Anwesen, das – wie sich dann zu meinem Erstaunen herausstellt – von einem Ehepaar mit vier Kindern bewirtschaftet wird – Schafzucht, Ziegen, einige Kühe, Geflügel. Nach einer kurzen und knappen Begrüßung unternimmt Tassini mit mir einen "Rundgang" – wir besichtigen im Keller "seinen Wein", er

packt sich ein paar "seiner besten Schinken" ein, seine Frau hat sich derweil aus dem Kühlschrank "ihre Eier" genommen und im Wagen verstaut. Das geht so weiter, das Bauerehepaar hat die Kinder nach draußen geschickt, ist den beiden behilflich. Ich schaue mich ebenfalls draußen um. Es hat seit mehreren Wochen nicht mehr geregnet, auf den Weiden ums Haus herum wächst nicht mal mehr ein Grashalm, Erosionen überall sichtbar. Dieses Land hat außer einigen Schafsködeln noch nie einen Kilo Dünger gesehen. Die tägliche Milchmenge der Kühe läßt sich wahrscheinlich in Gramm nur messen. Zum Hof gehören nicht nur einige Stallgebäude, sondern noch weitere Wohngebäude, die allerdings leerstehen, es scheint früher mal ein kleines Dorf (Weiler) gewesen zu sein. Der Bauer benutzt die leerstehenden Gebäude als Ställe fürs Vieh, jedesmal wenn ein Gebäude zusammengefallen ist, ziehen die Tiere in ein neues Haus um."

Je nach den jeweiligen Richtlinien und Perspektiven der nationalen bzw. europäischen Landwirtschaftspolitik werden hier für dieses und jenes Prämien gezahlt: für jeden gefällten Apfelbaum, für jeden neugepflanzten Olivenbaum, bis vor einiger Zeit für jedes angeschaffte Pferd, dann wird für jede Stunde Renovierung und Rekultivierung eines alten landwirtschaftlichen Betriebes ein Zuschuß gezahlt, Zuschüsse für den Landzukauf, Zuschüsse für die Anschaffung landwirtschaftlicher Geräte, etc.

Italien hat die höchste Quote arbeitsloser Akademiker, nicht zuletzt aus diesem Grund werden staatlicherseits die sogenannten "Cooperativen" gefördert, das sind Landkommunen, die aber im Gegensatz zu unseren hier besonders billig und effektiv produzieren, und außerdem meistens ihre Produkte über ein von der PCI initiiertes Absatzsystem vertreiben – welches Verkaufsstellen in besonders armen Wohngebieten eingerichtet hat. Diese Cooperativen beginnen in der Regel mit dem Bau von Wellblechhütten, in denen sie Kälbermästanlagen einrichten, einige besitzen daneben aber auch große Schafherden. (Italien hat sich lose einem Verband zur Förderung von Land-Cooperativen angeschlossen, dem außerdem noch Israel und Neu-Seeland angehören.)

Die ausländischen Landkommunen, die meistens mit einem Gemüsegarten anfangen, dann kommen einige Schafe und Kühe und Ziegen dazu, produzieren zualererst für den Eigenbedarf. Nur in Florenz gibt es einen Bioladen, der allerdings für wirklich teures Geld den Reichen gesunde Lebensmittel verkauft, die nicht krank machen. Der Export von Lebensmitteln in die Schweiz, Österreich oder Deutschland lohnt sich für die meisten Landkommunen nicht (einige haben es trotzdem versucht – mit Kräutern, Käse



etc.), und der normale einheimische Markt kalkuliert zu scharf; Käse wird von den toskanischen und sardischen Schäfern und mehr und mehr von den Molkereien produziert, Milch kommt aus Deutschland, der Schweiz und Nord-Italien, die toskanischen Kühe, die meistens ganzjährig im Stall gehalten werden, nicht aufgrund der Intensivbewirtschaftung von Land, sondern wegen der Hitze und der Bremsen, die wiederum wegen der ausgerotteten Vögel im Sommer allgegenwärtig sind, und zwar in solchen Mengen, daß sie schon junge Pferde getötet haben – die Kühe also geben nur geringe Mengen Milch, und das aus dem Großanbau stammende Gemüse läßt sich von den Landkommunen preislich nicht unterbieten. Bleibt die Rekultivierung von verschütteten Handwerkstechniken (wie Möbel-Restauration, Kleider- und Pulloverherstellung, etc.), wobei diese Sachen sich entweder an Touristen verkaufen lassen oder gleich auf den Weihnachtsmärkten in Berlin, Zürich, Frankfurt, etc. Dort kann man auch die toskanische Wolle – in den entsprechenden Läden – mit Gewinn verkaufen. In den meisten Dörfern hier sieht man den ganzen Tag über irgendwelche Frauen, die Pullover stricken. Sie tun das im Auftrag von kleinen und kleinsten Wollfabriken, die diesen Frauen 8.- DM pro Pullover bezahlen, diese Fabriken wiederum beliefern Neckermann, Quelle, etc. (Im Laden kosten diese Pullover dann zwischen 100.- und 200.- DM)

Da den meisten Landkommunen über kurz oder lang der regelmäßige Geldfluß aus der Heimat versiegt, andererseits aber immer wieder jede Menge Geld benötigt wird – sei es für die Elektrifizierung – auch die alternative (die meisten Häuser sind ohne Strom), – sei es für die Wasserleitung (von der Quelle ins Haus) oder die Klärgrube, für irgendwelche Ausbauten (fast alle Häuser sind mangelhaft oder gar nicht wärmeisoliert), für die Technisierung der landwirtschaftlichen Arbeiten (ein Trecker ist schon eine feine Sache und dann erst zwei, einer mit Frontlader!), und selbst für den Gartenbau braucht man Geld – für die Bewässerungsanlage nämlich, ohne Wasser läuft hier nichts, aber auch gar nichts, noch nicht einmal das Unkraut aus! Geld wird jedenfalls immer wieder benötigt und gerade Geld ist in Italien schwer zu beschaffen (einige wenige haben in der Stadt Jobs als Sprechlehrer gefunden, aber auch das immer nur mit befristeten Verträgen). Und deswegen müssen einige aus den Gruppen immer wieder – für ein paar Monate im Jahr wenigstens – in die Heimat zurück, um dort in irgendwelchen Jobs ein bißchen Geld zusammenzukratzen. Am besten geht das in der Schweiz (dort sind die Löhne noch höher als in der BRD) und außerdem gibt es dort auch immer wieder ganz ausgeflippte Jobs: für zwei Monate beispiels-



weise irgendein reiches Arschloch durch die Gegend kutschieren, oder für irgendwelche Scheichs in Genf jeden Morgen Kamelmilch vom Flughafen abholen, oder im Büro eines dieser völlig absurden Warenermingeschäftsfirmen ...

Und so oder so ähnlich sind die Landkommunarden in der Toskana eigentlich in einer ähnlichen Lage wie die hiesigen Pizzeria – oder Italo-Cafe-Besitzer, die sich auch nur zum Geldverdienen in der BRD, in der Schweiz oder in Österreich aufhalten, um dann – so schnell es geht – wieder zurück in den sonnigen Süden aufzubrechen. Die meisten Landkommunarden, die ich kenne, sprechen auch nach Jahren noch nur wenig italienisch – ihre Kontakte zu Italienern beschränken sich meistens auf die funktionalen (zu Handwerkern, unmittelbaren Nachbarn, Laden- und Cafe-Besitzern und den leidigen Behörden). Zwar trifft man sich untereinander oft und fast regelmäßig, aber dort wird – bei einem großen Essen oder einem Besäufnis – ein Gemisch aus Englisch, Französisch, Schwyzerdeutsch und Hochdeutsch gesprochen. (In der Gegend um Arezzo ist der beliebteste Tierarzt ein Engländer, er heißt auch noch "Doc Holiday", "Malcom S." mit Vornamen). Ansonsten haben sich engere Beziehungen bisher oft nur zwischen den sardischen Schäfern und den Landkommunen entwickelt; vielleicht weil hierbei die Gegensätze besonders scharf und damit reizvoll sind?!

Aber auch wohl, weil beide so ihre – wenn auch unterschiedlichen – Integrationsschwierigkeiten in der Toskana haben, und in gewisser Weise bei Null anfangen müssen. Während die Landkommunen vom Wissen und den Erfahrungen der sardischen Schäfer profitieren, profitieren die Sarden vom Wunsch der Landkommunen, sich so bald wie möglich Schafe, Ziegen und Kühe anzuschaffen, manchmal auch Pferde oder Maultiere und Geflügel.

Außerdem hilft man sich gegenseitig mit Arbeitskraft und Geräten bei der Ernte.

Zwischen den italienischen "Cooperativen" und den "ausländischen" Landkommunen dagegen läuft so gut wie nichts, gäbe es nicht hier und da an den Straßen Hinweisschilder zu diesen "Cooperativen", man wüßte nicht einmal von ihrer Existenz. Zwar erscheinen zu den Landkommune-Treffen ab und zu auch mal Italiener, aber diese sind zumeist finanziell relativ abgesicherte "Künstler" oder sonstwie in ihrem Denken und Wollen den ausländischen Landkommunarden nahestehend. Wenn ich mich nicht täusche, stellt sich in den "Cooperativen" das Problem der Existenz-Sicherung schärfer und eindeutiger, es gibt dort weniger Fluchtmöglichkeiten und damit auch weniger Diskussionen darüber, wie man die Tiere beispielsweise "artgerechter" halten kann oder ob man die Felder und Gärten "biologisch-dynamisch" bewirtschaftet ...

Aber natürlich, auch die Landkommunen-Leute sind in die Toskana gezogen, um sich dort eine Existenz aufzubauen, und nicht, um Land und Leute dort zu studieren. Und was das "Sprache lernen" betrifft, so werden bei der täglichen Arbeit auf dem Feld, in den Ställen, im Garten, im Haus nach und nach und sehr langsam alle möglichen "Gegenstände" in italienischer Sprache gefaßt, auf die Dauer ergibt das auch einen ganz passablen Wortschatz; aber statt Abends dann irgendwelche Grammatikbücher zu studieren, liest man doch lieber im "Handbuch der Schafzucht" oder in Schoepf et al. "Biologische Landwirtschaft", oder man liest überhaupt nicht, sondern bleibt lieber in den endlosen Küchengesprächen sitzen, oder man geht nach draußen, setzt sich auf einen Terrassenrand und hört den Grillen zu, sieht den Fledermäusen zu – bis man müde wird ...

Bei den sich in der Toskana auf dem Land Ansiedelnden und dieses Land Bear-

beitenden handelt es sich meistens – wie man vielleicht leicht nachvollziehen kann – um eher besinnliche, von Harmonie-Utopien tagträumende, von der Studentenbewegung irgendwie berührte Leute, die ebenso gerne alleine spazieren gehen, wie sie sich mit einem Buch aufs Bett zurückziehen. Wenn solche Leute dann in der lärmenden Fröhlichkeit der Italiener versuchsweise mal eintauchen, von Kneipe zu Kneipe hetzend, überall ein Glas Wein trinkend, tausend neue Leute kurz kennenlernen, die alle den Eindruck machen, als würden sie nichts mehr hassen als nur eine Sekunde allein zu sein, selbst die Zeitung wird gemeinsam gelesen, sich die spannendsten Stellen daraus laut vorlesend, ein Mittagessen wird über Stunden zelebriert, usw. ... jedenfalls sehnen sich solche Leute spätestens nach drei Tagen wieder nach der vergleichsweise beschaulichen Ruhe und besinnlichen Arbeit auf dem Hof der Landkommune.

... Wenn von den deutsch-schweizerischen oder österreichischen Landkommunen in der Toskana die Rede ist, fällt oft genug, von hier aus, das Stichwort "Imperialismus", womit dann das Thema erledigt ist/wird. Es ist aber ein quasi natürlicher Vorgang, wenn irgendwo ein sozusagen kulturelles oder soziales Vakuum entsteht, wenn sich also eine Landschaft entleert, daß sie dann von irgendwoher wieder aufgefüllt wird – von Gegenden aus, die mit Menschen überfüllt sind; die einzigen, die in der Toskana etwas gegen arme Sarden und reiche Ausländer haben, sind die Rechten, die mit "Das-italienische-Vaterland-den-Italienern"-Parolen, nächtens auf Asphaltstraßen gepinselt, dagegen ankämpfen.

Was die „reichen Ausländer“ betrifft, so halte ich es für weitaus sinnvoller,

wenn Landkommunen sich in der Toskana ansiedeln und das Land bebauen, als wenn Schlöndorf und Dr. Hinz und Prof. Kunz sich ein Ferienhaus dort kaufen, wegen der landschaftlichen Reize die Grundstückspreise inflationär in die Höhe treiben, wobei das Ganze für sie doch nur eine Kapitalanlage ist, denn weitaus billiger käme ihnen der jährliche Toskanurlaub in einem exquisiten Hotel, ausserdem bräuchten sie sich für den Rest des Jahres dann nicht wegen irgendwelcher Einbrüche in ihre Ferienhäuser zu grämen.

Im Zuge der Kronzucker-Kinder-Fahndungsaktionen wurden dann auch sinnvollerweise Sarden und Landkommunarden gleichermaßen von Bullen belästigt, d.h. verhaftet, verhört und durchsucht. Ferienhäuser reicher Ausländer werden in der Toskana ebenso regelmäßig von Einbrechern heimgesucht (denen ich mich ab und zu auch zugeselle), wie des öfteren Psychotherapie-Zentren überfallen werden oder sogenannte Touristen-Zentren, wohingegen die meisten Landkommunarden ihre Häuser noch nicht einmal abschließen können, geschweige denn, daß sie Vieh und Geräte an die Kette legen (müssen). Das zeigt vielleicht bereits, wer über die „italienischen Zustände“ und ihre „Verschlimmerung“ wirklich beunruhigt zu sein hat, bzw. wessen Presse regelmäßig in Geschrei darüber ausbricht. . . Andererseits befremdet sich eine gewisse schwärmerische Haltung in der Linken hierzulande gegenüber den italienischen Zuständen ebenso. Angesichts des anhaltenden Verharrens in Renaissance-Verhältnissen und -Gewohnheiten (in der Toskana) wie auch im Bestehen auf brutale Klassentrennungen, sehne ich

mich nach einiger Zeit immer wieder und unausweichlich nach unserem hiesigen nivellierten Mittelschichten-Brei, wo immerhin der Akademiker, der Manager (im Interconti), der Lehrer, der Bauer, Arbeiter und Angestellte – wo diese Typen in ihrer Dämlichkeit und äußeren Aufmachung nicht mehr voneinander zu unterscheiden sind, und sich deswegen von oben nach unten abgrenzen müssen, (die Zeitschriften „Lui“ und „Transatlantik“ werben beispielsweise mit dem Slogan: „Diese Zeitschrift wird von Leuten gelesen, die nicht irgendeinen Wagen fahren, sondern einen ganz bestimmten!“), und das ist jedenfalls lächerlich genug, um wenigstens darüber lachen zu können.

Ich kann mich aber in meiner Einstellung darauf nicht beschränken. Drei Möglichkeiten von Verhalten stehen, glaube ich, zur Disposition (in Bezug auf die diskutierten Landkommunen): 1. in die Sache einsteigen (sich voll und ganz identifizieren), 2. sich distanzieren (über die Sache reden, sie analysieren), 3. sie affirmativ aufgreifen (ihre Eigenbewegung ironisch forcieren, sie zum Galoppieren bringen. . .) . . . Sich alle diese drei Möglichkeiten zur Verfügung zu halten, kann natürlich unter gegebenen Umständen zu billigen Tricks ausarten, aber sie sich nicht zur Verfügung zu halten, erscheint mir in zunehmendem Maße als unzureichende (oder bornierte) Haltung den Dingen der Welt gegenüber. In anderen Worten: Nicht unsere Sprachen einschränken, sondern ausufern lassen, auswuchern (vielleicht gibt es noch viel mehr Möglichkeiten), sie alle zum Klingen bringen – beiläufig vielleicht, das wäre schön, oder eben auch – wie gesagt: piano. . .

Euer Pop-Philosoph
von der Woderkant!





GEGEN DIE SONDER- GEFÄNGNISSE IN ITALIEN

Eine Kampagne gegen die Sondergefängnisse in Italien, für das Recht auf Gesundheit der Gefangenen und die Abschaffung der Untersuchungshaft hat Franca Rame (die Gründerin der Roten Hilfe für Italien) begonnen. Eines der Ziele der Kampagne, die Schließung des Sondergefängnisses Asinara ist jetzt im Gefolge der jüngsten Gefangenenevoluten und der Entführung d'Ursos durch die Roten Brigaden erreicht worden.

In einer Protestresolution an Staatspräsident Pertini gegen die Untersuchungshaft (87 % aller in Italien Inhaftierten sind Untersuchungsgefangene) schreibt Franca Rame:

"Die Verlängerung der Untersuchungshaft über jede notwendige Ermittlung hinaus bezweckt ihren Mißbrauch. Sie verhindert einen unverzüglichen Rechtspruch.

Die zeitlich nahezu unbegrenzte U-Haft erlaubt beispielsweise, daß die seit dem 7. April 79 einsitzenden Gefangenen von ihren Richtern noch nicht vernommen wurden, daß unbequeme Prozesse nie stattfinden, daß man die Beschuldigten ohne Beweis aller möglicher Verbrechen beschuldigen kann, daß Giuliano Naria seit dem 7. Juli 1976 im Sondergefängnis sitzt und noch immer auf sein Urteil wartet."

Die Resolution "Nein zu den Sondergefängnissen" hat folgenden Wortlaut:

"Um mich davon zu überzeugen, mein Freund, wie vorzüglich die Gesetze und wie zivil die Sitten in deinem Land, sprichst du mir nur von Palästen, Säulen und der Lebensart deiner Leute ... Nein, Bruder, erzähl mir, wie die Gerichte funktionieren, vor allen Dingen aber die

Kerker, und wie die Menschen dort leben und sterben. So allein kann ich verstehen, ob dein Land wirklich von menschlichen Wesen bewohnt ist." (Voltaire)

NEIN ZU DEN SONDERGEFÄNG- NISSEN

Die Aufgabe der Sondergefängnisse ist die Vernichtung der Persönlichkeit des Gefangenen.

Ihre Einrichtung rechtfertigen die zuständigen Behörden mit "Sicherheitsrunden". Das ist bekanntlich nur ein Vorwand. Die jüngsten Ereignisse in Volterra, Fossombrone und Nuoro zeigen, daß sich die unerträgliche Situation, die die "Sonderhaft" bei den Inhaftierten erzeugt, nur in explosionsartigen Revolten entladen kann. Wir sind gegen diese Logik der Strafverschärfung, die nur den Prozeß der Vernichtung beschleunigt. Deshalb sagen wir: KEINE SONDERGEFÄNGNISSE, denn

- gewöhnliche und politische Häftlinge, auch solche, die noch nicht rechtskräftig verurteilt sind, werden aufgrund nicht nachprüfbarer Kriterien zu einer "besonderen" Verwahrung verurteilt. Das ist verfassungswidrig.
- Sie werden tage-, monate-, jahrelang in eine Zelle eingeschlossen, meistens in absoluter Einsamkeit. Jede Möglichkeit menschlicher Kontakte mit an-

deren Gefangenen wird ihnen verweigert.

- Die Gefängnisse liegen weit entfernt vom Wohnort ihrer Familien. Die Strafvollzugsreform schreibt jedoch als maximale Entfernung 150 km vor.
- Ihr Hofgang ist begrenzt; mindestens eine, höchstens 3 Stunden, die sie in engen Zementhöfen verbringen müssen.
- Kein körperlicher Kontakt mit den Angehörigen: Sie erblicken ihre Verwandten durch eine Glasscheibe und kommunizieren durch Gegensprechanlagen mit ihnen.
- Keinerlei Arbeits- oder Freizeitbeschäftigung.
- Täglich sind sie aus geringfügigen Anlässen Gewalttätigkeiten ausgesetzt; es fehlen verbindliche Vorschriften und Verordnungen für sämtliche Haftanstalten.
- Sie haben keinerlei ärztliche Versorgung.

DIE SONDERGEFÄNGNISSE MÜSSEN ABGESCHAFFT WERDEN!

Franca Rame bittet darum, auch Unterschriften in Deutschland zu sammeln. Zu schicken an: Franca Rame, Casella Postale 1353, 20100 Mailand, oder an: Renate Chotjewitz-Häfner, 6419 Haunetal-Kruspis

Klaus Dieter Tangermann von der TAZ hat von seinen Reisen durch Nicaragua, Guatemala und El Salvador ein Journal zusammengestellt; eine nützliche Hintergrundbroschüre mit einer ganzen Reihe von noch nicht veröffentlichten Berichten (Kostet 14,80 DM, zu bestellen über: TAZ, Wattstraße 11 - 12, 1000 Berlin 65)

Vor allem über Nicaragua wird ausführlich berichtet. Wie hat sich die sandinistische Befreiungsfront entwickelt, seit sie zum Staat geworden ist? Gilt unsere Solidarität nur einer Bewegung, solange sie im Widerstand ist, und hört auf, wenn sie die Staatsmacht errungen hat? Oder reden wir jetzt nur noch vom „objektiven“ Gesamtinteresse des neuen Staates Nicaragua und haben den Blick für das Leben der Leute - auf den Märkten Managuas, auf den weit verstreuten Landgütern, an der Atlantikküste - verloren?

Um subjektive Sichtweise und objektive Gesamtprobleme zu verbinden, wird in dem Journal eine Art „Montage-Technik“ gewählt. Neben der schrittweisen Entwicklung Nicaraguas seit Somozas Flucht stehen Briefe Klaus Dieter Tangermanns. Sein Fazit: die Sandinisten setzen den größten Teil der politischen Bedingungen nicht selbst, sondern finden ihn vor. Die objektiven Bedingungen zwingen sie zu einer Revolution, die sie womöglich gar nicht wollen, aber machen müssen. Ein recht pessimistisches Fazit also.

In einem kürzeren Abschnitt geht Klaus Dieter Tangermann auf Formen linker Berichterstattung ein. Gegenüber einer Betroffenenberichterstattung, wie wir sie im ID in den Mittelpunkt stellen, kritisiert er: „Aus der Unmittelbarkeit zu berichten, hat Sinn, wenn sie nachvollziehbar ist. Wenn nicht wie in der Auslandsberichterstattung..., tritt die Schwierigkeit auf, zunächst die Andersartigkeit der Realität zu vermitteln“

Daß eine subjektive Berichterstattung nur Sinn hat, wenn einige grobe Rahmenbedingungen bekannt sind, ist für uns keine Neuigkeit. Die Frage ist sowieso eher, auf welchem Weg man/frau sich der „Andersartigkeit der Realität“ nähern soll. Die authentische Sichtweise eines Betroffenen - auch eines Reisenden - hat immerhin den Vorteil, jenseits ideologischer Voreingenommenheit und der Berücksichtigung aller möglichen objektiver Bedingungen die Dinge in aller Schärfe zu sehen. Journalistische Ausgewogenheit und die „Erfordernisse“ von Objektivität verstellen da eher den Blick für die Probleme, die sich unterhalb der offiziellen Ebene - z.B. der Regierungsebene der Sandinisten - stellen.

Die Briefe Klaus Dieter Tangermanns sind zunächst einmal solche subjektiven Zeugnisse - allerdings von einem Ausenstehenden geschrieben, der recht abgehoben von den Problemen der Leute berichtet und kaum einmal sein Überich - den Staat im eigenen Kopf - vergißt. An einer Stelle spricht er das selbst aus: „Für mich ist das viel schwerer einzuholen, was in den Menschen hier vorgeht, die in der Guerilla waren, ich war ja nicht dabei, aber in solchen Momenten bin ich immer dazu verführt, die Wirklichkeit nach dem Maßstab zu beurteilen, wofür diese Leute gekämpft und ihr Leben gelassen haben. Dann bin ich nicht mehr objektiv, berücksichtige nicht mehr die wirtschaftliche Krise, die Notwendigkeit des „levantemos la produccion“, habe nicht mehr den Staat im Kopf mit seinen Problemen, sondern die Leute.“ (SO SOLLTE DAS JA WOHL AUCH RICHTIG SEIN d.setz.) Von der abgehobenen Sichtweise Klaus Dieters ist auch zu erklären, wie er - im Verlauf seiner Reise und seiner Briefe - immer pessimistischer wird und nur noch eine Revolution von oben als realistisch erkennt.

Conrad / ID



...dieser sprang nicht wieder an

„Man kann nicht die Revolution machen, die man will, sondern die man muß.“

Entgegen mancher Erwartungen der bundesrepublikanischen Linken, besonders der Spontis, wird in Nicaragua nicht die Revolution gemacht, die man sich von hier aus erträumt, geht es nicht um die totale Aufhebung von Unterdrückung und Selbstverwirklichung der Menschen, sondern erstmal um die Zerschlagung der von Somoza aufgezwungenen Strukturen, als Bedingung einer solchen weiteren Entwicklung.

Das TAZ - Journal behandelt hauptsächlich diese Fragen diese Widersprüche und Zwänge, innerhalb derer die Sandinistas die neue Gesellschaft und den „neuen Menschen“ aufbauen. Das ganze Ausmaß der Zerstörung und Prägung durch den Imperialismus wird klar und durch die Montage von Briefen - persönlichen Erlebtem - und politischer Analyse, sowie Fotos entsteht ein sehr lebendiges und buntes „Bild“ von diesem Land, seiner Natur und den Menschen, besonders den Frauen und Kindern, innerhalb der Umwälzungen, über die man ja im allgemeinen sehr wenig erfährt.

Für die meisten derer, die sich bei uns für Nicaragua und die Dritte Welt interessieren und politisch einsetzen, stehen moralische und persönliche Motivation im Vordergrund. Die wenigsten haben klare Vorstellungen über die Zusammenhänge zwischen imperialistischen Zentren (wie der BRD) und den abhängigen Ländern der Dritten Welt und über die revolutionären Veränderungen dort. So kommt immer wieder die Frage auf, „was hat Nicaragua denn mit uns zu tun“, was können wir aus den Vorgängen in Nicaragua „lernen“ bzw. inwieweit sind alle aktuellen Versuche in dieser Welt, sich aus internationalen Strukturen und Zwängen zu befreien, nicht nur ein Problem der jeweiligen Länder, sondern gehen hier jeden an, der sich solche Fragen stellt. Eine Diskussion darüber hat bis jetzt in der BRD kaum stattgefunden.

Ich hoffe, daß das Taz-Journal genau zu diesen Diskussionen aufgenommen wird und zu konkreteren Fragestellungen führt, als das die bisherige Information ermöglicht hat.

Ruth / ID

DIE WÜRDE DES MENSCHEN IST ANTASTBAR, Ulrike M. Meinhof, Aufsätze und Polemiken, 190 Seiten, 9,50 DM, Taschenbuch

In diesem Band, der Texte Ulrike Meinhofs aus den Jahren 1959 bis 1969 beinhaltet, wird nochmal ein Rückblick auf die Ausgangssituation der Nachkriegsgeschichte, des unbewältigten Nazismus, der eiligen Rekonstruktion der Macht, den verpaßten Gelegenheiten und der Verkümmern der Demokratie gehalten. Gleichzeitig sind diese Texte Zeugnisse einer Zeit, in der sich eine außerparlamentarische Opposition bildete und die Verhältnisse zum Tanzen brachte. Der mörderische Krieg in Vietnam, die Notstandsgesetze, die Hetze und Verdummung der Springerpresse gegen Andersdenkende sowie das Ignorieren, Verleumdungen und Kriminalisierungen jeglicher Kritiker führte schließlich zur Verhärtung der Situation. Die Argumentation der 'APO' stieß an die Grenzen der Duldsamkeit des Staates, wo es darum ging, die kritisierten Verhältnisse real zu verändern. (siehe auch die Dokumentation in ID 315). "Die Kolumnen Ulrike Meinhofs brechen dort ab, wo die außerparlamentarische Linke von der Zähigkeit und Unbelehrbarkeit der deutschen Verhältnisse eingeholt werden." (K.W.) Ein wichtiger Beitrag.

Verlag K. Wagenbach, Bamberger Str. 6, 1000 Berlin 30

DIE GEHEIMEN DEUTSCHLAND-BERICHTE (1934 – 1940) Deutschlandberichte der SPD, K. Behnken, 10 000 Seiten (!), 1 000 Abbildungen und Dokumente incl. Register in 7 Bänden, Dünndruck, 49,90 DM

Die geheimen Deutschlandberichte der SPD, die erst 35 (!) Jahre nach Kriegsende veröffentlicht werden, sind eine Zusammenstellung von Dokumenten, Briefen und Fotos sowie Augenzeugenberichte (keine Analysen!) über das Ausbreiten des Faschismus in Wohnsiedlungen, privaten Zusammenkünften, Kneipen, Vereinen, Betrieben, überall. Sie wurden von der damals illegalen SPD über ein geheimes Netz ins Ausland geschmuggelt und zu monatlichen Deutschlandberichten zusammengestellt, die in einer Auflage von 450 Stück an Politiker, Parlamentarier und Institute im Ausland verteilt wurden. (Natürlich hatte niemand die Ahnung, daß z.B. in KZs gefoltert und gemordet wurde. Auch heute verschließt man wieder getrost Augen und Ohren, wenn es um Folter und Morde in faschistischen Ländern geht. Es lebe der Fußball!) In den Deutschland-Berichten wird über Judenverfolgung und KZs konkret berichtet.

"Daß diese Dokumente von den Historikern nahezu verschwiegen wurden, ist unfaßlich und verständlich zugleich. Für die Rechten sind sie zu sehr Klartext. Für die Linken (welche? d.Red.) sind sie ein unrühmliches Kapitel. Für die Alliierten sind sie ein Beleg ihrer Tatenlosigkeit, Augenwischerei und Zaghaftheit. Auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung könnten sie wirken wie Leichengift. Man erkennt plötzlich, daß man diese Grundwerte Deutschland nicht wegnehmen mußte, weil es sie gar nicht besaß und nicht verteidigen wollte. Man bekommt wieder Angst." (Verlag 2001).

Diese geheimen Deutschland-Berichte – ein Tagebuch des Faschismus – sind eine Fundgrube der Quellenforschung für die Soziologie des Nationalsozialismus und der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges. Dieses "Leichengift" beginnt bereits zu wirken: hat man/frau erst einmal angefangen zu lesen, will man nicht mehr aufhören. Äußerst spannend, aufschlußreich und wichtig.

Verlag 2001, Ferdinand-Porsche-Str. 37-39, Postfach, 6000 Frankfurt 61

INDIEN, NEPAL, SRI LANKA, ein Reisebericht für Globetrotter, P. Meyer, B. Rausch, 414 Seiten, 24,00 DM Taschenbuch

Ein Reiseführer durch diese drei Länder mit vielen Tips über billiges Essen, Schlafen, Reiseverbindungen, Sehenswürdigkeiten und vieles mehr für Reisefreaks. Ob der Reiseführer allerdings eine Überlandreise im Rucksack Istanbul übersteht, ist fraglich (zu schwer, und zu leicht gebunden, paperback). Trotzdem sehr informativ. Mandala-Verlag, Waldstr. 1, 5429 Klingelbach

KOLUMBIEN, Geschichte und Gegenwart eines Landes im Ausnahmezustand, K. Meschkat, P. Rohde, B. Töpfer, 190 Seiten, 9,50 DM, Taschenbuch

Dieses Buch bringt gute Informationen und Hintergründe aus der Geschichte Kolumbiens, von der Zeit der präkolumbianischen Völker über die Kolonialzeit bis in die Gegenwart (siehe auch ID 330). Wer sich für das Land und die heutige Situation dort interessiert, sollte das Buch unbedingt lesen.

Verlag K. Wagenbach, Bamberger Str. 6, 1000 Berlin 30

DIE HOREN, Zeitschrift für Literatur, Grafik und Kritik, 196 Seiten, 7,00 DM Band 3, vierteljährlich

Aus dem Inhalt: Vom Umgang mit Klassikern; eine Auseinandersetzung; horen-podium, horen-grafik; Betrachtungen; Armenische Literatur, Kultur, und Politik; Gedichte, Märchen, Erzählungen; Zur Geschichte der armenischen Presse und Musik, Filmgeschichte, Dissidenten in Armenien.

Eine sehr anspruchsvolle, lesenswerte Kulturzeitschrift.

Die Horen im Wirtschaftsverlag NW GmbH, Postfach 10 11 10, 2850 Bremerhaven 1

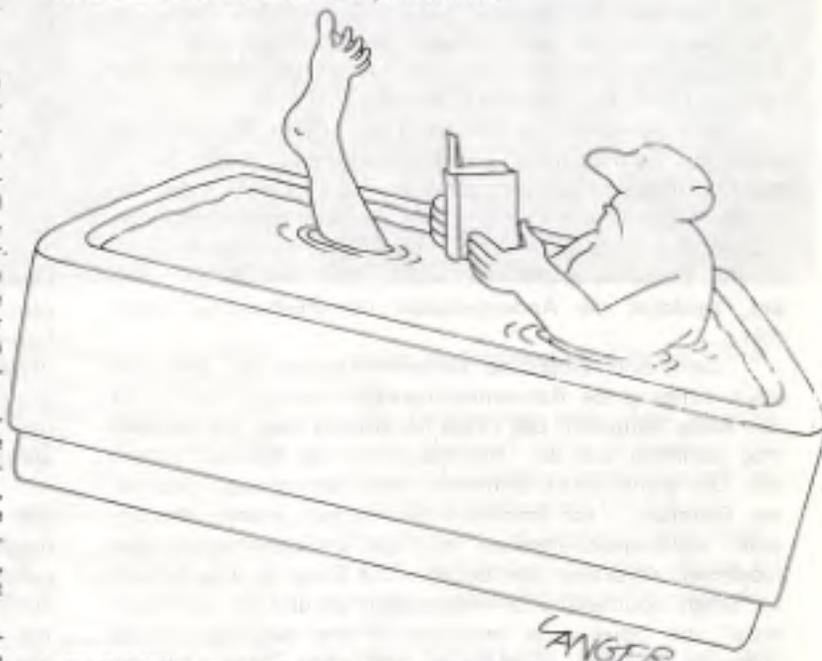
ULCUS MOLLE-INFO

6 Hefte 20,00 DM, jährlich, Probepaket 4,50

Der Ulcus-Molle-Informationssdienst bringt seit 1969 aktuellste Nachrichten aus Kleinverlagen, Buchbesprechungen, Rezensionen von Zeitschriften, Kleinanzeigen-Service, Diskussionsforum, Ankündigung von Projekten aus der Subkultur, Termine, Daten, News. Sollte man/frau benutzen.

Literarisches Info-Zentrum, Josef Wintjes, Böckenhoffstr. 7, 4250 Bottrop, Tel. 02041 / 205 68 Oder 633 25

Dort gibt es auch den Ulcus-Molle-Infodienst (Jahrgänge 1969 - 1974), ein historischer Leckerbissen! 465 Seiten.



FREIBEUTER, Zeitschrift für Kultur und Politik

9,00 DM (Abo 7,50), vierteljährlich ca. 160 - 180 Seiten

Jede der Freibeuter-Zeitschriften enthält fünf Abteilungen:

Eintritt frei: Thesen, Aufsätze und Polemiken zu allgemeinen Fragen der Kultur, Wissenschaft oder Politik

Thema: Utopien, Analysen und Dossiers zu einem konkreten Thema, dem der öffentliche Diskurs zu fehlen scheint: Ruhestörung am allzu ruhigen Ort.

Blick zurück nach vorn: Geschichte als Gegenwart: vergessene ältere Texte mit Kommentaren aus heutiger Sicht

Texte und Zeichen: Erstdrucke heutiger Poesie und Prosa; Wiedergabe zeitgenössischer Bilder und Architekturen.

Spielplatz: Glossen, Rezensionen, Informationen; Anstiftung von Denken und Laune

Im Freibeuter Nr.5 u.a.: J.-P. Sartre: letztes Interview, über Brüderlichkeit, Gewalt und die Bedeutung der Demokratie im linken Denken.

W. Rodney: Gewalt und Widerstand in der Geschichte Afrikas

P. Bichsel: Schülerarbeit – Fortführung der Kinderarbeit

O. Negt: Der Wolf und die sieben Geiseln: eine Märchenanalyse für die Gegenwart. Und vieles mehr.

Übrigens: ein heißer Geheimtip aus Freibeuter Nr.2: Gunnar Heinson "Über die 'heiße' Venus, das dunkle Zeitalter Griechenlands und das Zittern im akademischen Lehrgebäude. Leben und Forschungen Immanuel Velikovskys". Einer der wichtigsten Beiträge der letzten Zeit, der zum Umdenken zwingt.

Freibeuter Verlag, Bamberger Str. 6 1000 Berlin 30

HAUSMITTEILUNG

Liebe ID-Leser:innen!

Zum Neuen Jahr wünschen Euch die hervorragenden Damen und Herren des ID-Kollektivs alles Gute usw. und uns selbst 1000 Abonnenten mehr.

Jetzt ist es endlich raus. Unsere Finanzsituation steht wieder mal gerade nicht zum Besten (ist seit sieben Jahren eine chronische Krankheit). Buchladenverkauf, Frei- und Austauschabos sowie mehrere hundert Freiabos für Knackis können natürlich die Kosten nicht decken. (Übrigens: jeder ID, der in den Knast geht, wird bekanntlich von etwa 10 weiteren Knackis gelesen, bis dieser zerfällt). Wir selbst wollen aber nicht zerfallen und brauchen deshalb 1000 Neuabos, damit das ID-Kollektiv endlich mal auf die Bahamas fliegen kann (original Gerüchteküche). Wir sind daher auf die geniale Idee gekommen, allen unseren treuen Leser:innen, Unterstützern, Freunden und Wohlgesonnenen diesmal **n i c h t** um Spendengelder zu bitten (obwohl wir nicht abgeneigt wären, dieses zu nehmen), sondern wollen Euch folgendes vorschlagen, damit der ID erhalten bleibt:

Da wir keine Werbung bezahlen können, wirbt jede-r der uns kennt, mag und liebt, in seinem Bekanntenkreis **e i n e n** Abonnenten (mehrere lehnen wir natürlich auch nicht ab). Dazu nehme jede-r vielleicht einen alten ID, den er/sie nicht mehr braucht (Sammler natürlich nicht) mit und verschenkt ihn als Probeheft an liebe Loufe. Dann redet er/sie solange auf das

Opfer ein, bis der Beworbene sofort zur Post läuft und ... Ein Erfolgserlebnis wird die Folge sein, wollen wir wetten? Jedes Neuabo hilft gleichzeitig zehn weiteren Knackis, uns natürlich auch.

Zwischen Weihnachten und Neujahr haben wir mal Bestandsaufnahme gemacht und festgestellt, daß wir laufend Unmengen an Büromaterial verbrauchen. Das fängt beim Filzschreiber an und hört bei unserem Traum, einer elektrischen Schreibmaschine, noch nicht auf. Also, wenn Ihr irgend etwas organisieren könntet, oder Bürokrum vergammelt – hier wird's gebraucht. Schickt es uns bitte, weil wir es leider nicht abholen können.

PS. Wenn Ihr Eure Freunde und Bekannten besucht, vergeßt Ihnen nicht zu sagen, daß sie den ID auch benutzen sollen. Schickt uns also die Manuskripte beim nächsten Male am Besten gleich mit. Wir freuen uns schon jetzt auf Eure Antworten und verbleiben mit

solidarischen Grüßen

Euer ID-Kollektiv

DES REISENDEN POLITROCKERS TERMINKALENDER UND VORMERKBUCH,

worin Veranstaltungen von überregionaler Bedeutung, Demonstrationen, Prozesse, kulturelle Hochgenüsse und wichtige Treffen auf einen Blick nachzulesen sind. Dieser Kalender macht heute seinen bescheidenen Einstand und wird hoffentlich durch heftige Informationsbereitschaft unserer Leser- und Verehrer kreise ständig vermehrt werden.

Montag, 12.1.: Prozeßbeginn gegen Christian Sigrist, Professor in Münster, wegen Verleumdung der Polizei durch unbequeme Fragen zum Tode des Duisburger Renners Routhier (näheres beim AStA Münster)

Dienstag, 13.1.:

9.30 Uhr im Saal 146, Gebäude A (Rückseite), 4. Strafsenat, Oberlandesgericht Frankfurt: Prozeß gegen Feiling, Herzinger und Straub wegen einer angeblichen terroristischen Vereinigung (Staatschutz-Kammer) (Anwälte: Tel. 0621/442036; 0611/280141; 0611/730101)

17.30 Uhr in der Pupille, Frankfurt, Jügelstr.1: Das El Salvador-Komitee zeigt den Film "Die Welt der multinationalen Gesellschaften", anschließend Diskussion

Mittwoch, 14. Januar: 17.30 in der Pupille, Frankfurt, Jügelstr. 1: "Die Welt der multinationalen Gesellschaften" (wie gestern)

Donnerstag, 15.1.:

Beginn der Auslieferung des neuen, sensationellen Buches über Freie Radios bei Zweitsendungs (Ferdinand-Porsche-Str. 37-39, 6000 Frankfurt 1). Ein dicker Schinken für circa 16 Mark. Einige alte IDler distanzieren sich auf das intensivste von den Autoren.

10 Uhr im Festsaal des Schöneberger Rathauses, Westberlin: Pressekonferenz des Bausenators Ristock zur Instandbesetzung des Schöneberger Rathauses. Geheimtip: Am Hintereingang jibts heiße Bulletin 1)

17.30 Uhr in der Pupille, Frankfurt, Jügelstr. 1: Das El Salvador-Komitee zeigt den Film "Revolution oder Tod" (dann schon lieber die Revolution, der Setzer) über die Militärdiktatur und den Aufstand in El Salvador; anschließend Diskussion

Freitag, 16.1.: 17.30 in der Pupille, Frankfurt, Jügelstr. 1: Das El Salvador-Komitee zeigt den Film "Revolution oder Tod" (wie gestern).

Sonntag, 18.1.:

11 Uhr, Hamburger Allee 45, Frankfurt-Bockenheim: Blitzbesuch des polnischen Ministerpräsidenten Karol Wojtyla, der ein Hochamt zur Einweihung des neuen "Pflasterstand"-Büros und einen Exorzismus zur Austreibung der TRilateralen Kommission praktiziert

17.10 Uhr, 2. Programm, Hessischer Rundfunk: "Das Dorf im Flörsheimer Wald" (das sind die Frankfurter Startbahn-West-Besetzer) von Horst Karasek

Wegen der Termine des Wisniewski-Prozesses (Düsseldorf, Tannenstraße, Gerichtsgebäude/Polizeikaserne) erkündigt euch bei den Anwälten (0611/233791 und 0221/619990) oder bei der Düsseldorfer Stadtzeitung "Überblick".

Hungerstreiks gegen die Verletzungen der Menschenrechte, Folter und Todesurteile in der Türkei gab es in verschiedenen Städten um Weihnachten. Kontaktadressen: Türkei-Komitee Frankfurt, c/o Katholische Studentengemeinde, Kosestr.15, 6000 Frankfurt, Tel 0611 / 599786; Komitee der Hungerstreikenden Hamburg, c/o Stephanusgemeinde, Lutterothstr.98/100, 2000 Hamburg, Tel. 040/496898.

Dreizehn Palästinenser mit ihren Familien sollen aus Schweden ausgewiesen werden, ohne daß sie sich gegen die Sicherheitspolizei "Säpo" wirksam verteidigen könnten. Die Polizei hält ihr Belastungsmaterial geheim, veröffentlicht aber den Vorwurf: Terrorismusverdächtig. Näheres bei **Motzi, c/o Memenk, Box 4100, S-14104 Huddinge, Schweden.**

Einen Erfolg haben die irischen Hungerstreiker errungen. Zwar hat die englische Regierung ihnen nicht offiziell den Status von politischen Gefangenen zugestanden, aber ihre fünf konkreten Forderungen wurden erfüllt: keine Gefängnisstrafe, keine Arbeit im Gefängnis, Vereinigungsfreiheit mit anderen politischen Gefangenen, handwerkliche Betätigung selbst zu regeln, einen Brief, einen Besuch, ein Paket mit Nahrungsmitteln pro Woche, Wiederherstellung des Begnadigungsrechtes.

Kontakt: Irlandgruppe Heidelberg, c/o „Mosquito“, Postfach 104 520, 6900 Heidelberg

ID
364/5

Wiederverkäufer/Buchläden:
schickt bei Re-
missionen NUR

DIESE ECKE ein und
verschenkt den Rest an
einen der 59.996.990

Noch-Nicht-ID-Leser !!!!!!!!

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

D 1870 C

Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

Nr.364/365

Nummer des Abos

bez. bis ID Nr.

Exempl.

Schüsse in der Requisitenkammer

In den tränenfeuchten Grübeleien von Medienredakteuren und anderen Verehrern von John Lennon, welchen Grund sein Tod haben könnte, verschwindet die viel bedeutsamere Frage, worauf sich sein Dasein gründete.

Wer war eigentlich John Lennon?

Genau das, was er auch weiterhin bleiben wird: eine Frequenz, die die Bilanzen von Schallplattenfirmen zum Schwingen bringt.

Als Star existiert John Lennon nur durch die Vorstellung seiner Verehrer, für die er zugleich das Unerreichbare bleibt. Er liebt es, sich seine Anhänger ohnmächtig zu denken - dies hat er den meisten seiner Anhänger voraus -, denn nur so entgeht ihm die Abhängigkeit, durch die er lebt, in der er das bloße Spiegelbild der Anhänger einer entfremdeten Realität ist, eines Verhältnisses, in der die Misere von Star und Fan gesellschaftlich ist.

Die Verinnerlichung dieses Betrugs läßt die Kosten der gelebten Entfremdung als subjektive Eigenschaft erscheinen, sodaß es nicht abwegig für den Attentäter ist, in seiner Tat keinen gewöhnlicheren Aufwand zu sehen als in seiner Verehrung überhaupt, denn dieser Einsatz seiner Freiheit ist der Preis, den er sich angewöhnt hat zu zahlen. Es ist der Einsatz seines Lebens, das der Person nicht mehr gehört, ihr nie gehört hat. Es ist die Souveränität des Untertanen.

Der Attentäter ist die höchste Stufe der Verehrung, in der die Macht des Verehrers die Ohnmacht des Stars ist. Wer seinem Star wirklich ergeben ist, tötet ihn. Die Welt lohnt es, indem sie für einen Moment zeigt, wie weit die entfremdete Liebe zu gehen bereit ist und darüberhinaus noch, wie grell der Ruhm ist. Einen Tag wird der Fan über den Gegenstand seiner Verherrlichung erhoben, steht der Star im spektakulären Schatten seiner Anhänger.

Solche Attentate reproduzieren die Geschichte des Göttlichen, in der der Tod des Gottes nicht das Ende, sondern seinen wirklichen Triumph bedeutet, denn hierdurch hebt sich die menschliche Distanz zum Göttlichen auf. Den Gott, den man töten kann, wird niemand mehr los...

Das Attentat kann den Star nicht abschaffen, Verherrlichung und Zerstörung gehen in die 13 000 Platten ein, die allein der WEA-Konzern innerhalb von zwei Stunden verkaufte; Der Tod eines Stars ist sein wirkliches Leben. Nur der Tod des Publikums bringt ihn wirklich um. Das Publikum ist die Freiheit im Konsum der Unfreiheit. Der Star ist die konsumier-

bare Persönlichkeit. Dem Publikum werden regelmäßige Gedächtnisendungen darüber hinweghelfen, daß keine Neuigkeiten mehr über John Lennon zu vermelden sein werden - so wie er nie etwas anderes als ein Requisit der Entfremdung war. Tu der Welt einen Gefallen, töte einen Star. Sie lohnt es dir, indem sie dich als irren Typen feiert. Verlange Honorare von den Firmen, die in der Zeit besondere Geschäfte mit den Werken deiner getöteten Vorstellungen machen.

SUBREALISTEN BEWEGUNG 12. 12. 1980. Und 'nen Gruß an Lutz in Hamburg

